

7·8 **Erziehung** 2021 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Juli 2021

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

▣ Aktuell:

29. Gewerkschaftstag
der GEW

Protest gegen
Versetzungsverordnung

Hochschulfinanzierung

▣ Titelthema

Bildungsjahr 2020/2021

- Bilanz der GEW-
Landesvorsitzenden
- Digitalisierung
im Schulsystem
- Schulentwicklung
nach der Pandemie

▣ Tarif + Recht:

Tarifrunde TV-L 2021

„Starke Bilder für eine an-
gemessene Wertschätzung!“





Christian Müller
ist GEW-Mitglied
an der MLU.

Kommentiert: Farbe bekennen ...

Sachsen-Anhalt hat gewählt. Und was für eine Wahl das war. Das ganze Land ist geschlossen nach rechts gerückt, um Rechts zu verhindern. Auch wenn alle demokratischen Parteien ausgeschlossen haben, mit Rechtsaußen zu koalieren, so hat die Wahl doch gezeigt, dass bei allen Parteien die Bereitschaft besteht, dafür selbst weiter nach rechts zu rücken. Denn, egal welche Koalition, ob Kenia, Jamaika, Deutschland oder vielleicht doch Simbabwe, eines steht jetzt schon fest: Ohne Schwarz wird es nicht gehen. Und ohne Schwarz geht es schon lange nicht mehr, seit 2002 ist die CDU ohne Unterbrechung im Land – zeitweilig und besonders intensiv assistiert vom Koalitionspartner SPD – an der Regierung. Was das bedeutet, hat die Bildungs- und Kulturlandschaft des Landes immer wieder erfahren, eine Sparrunde jagte die andere. Immer wieder werden Sparpotential und Doppelstrukturen erkannt, die es abzubauen gilt. Vor lauter Sparen hat man vergessen, dass es mittlerweile eine Lücke gibt, in der eine ganze Generation von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen fehlt und die Hochschulen soweit beschnitten wurden, dass sie den Bedarf an Lehrpersonal für sich selbst kaum decken können, geschweige denn die Ausbildung für die Schulen angemessen bewerkstelligt werden kann. Farbe bekennen wird wohl in den nächsten fünf Jahren für alle Parteien im Landtag schwierig werden, denn die Grundlage ist schwarz und wie die Vergangenheit wird auch die Zukunft schwarz sein. Farbe bekennen wird also unabhängig davon, welche Koalition in Magdeburg regiert oder regieren wird, in den nächsten Jahren wichtiger werden als bisher. Farbe bekennen heißt auch, klare Worte zu finden, Worte, die die Missstände nach 19 Jahren schwarz klar ansprechen. Worte finden, die die immer größer werdenden Probleme im Kultur- und Bildungsbereich deutlich ansprechen. Farbe bekennen heißt aber auch, dass den Worten Taten folgen müssen. Taten, die zeigen, dass nicht nur Sparen und leere Versprechen die Politik in der Zukunft ausmachen sollen. Ist also nach der Wahl vor der Wahl? Ja, aber nicht nur dass in der Politik die Parteien die Wahl darüber haben, wer mit der CDU koalieren wird oder bereits koaliert. Die Parteien haben auch die Wahl, ob sie den desaströsen Spar- und Abbaukurs im Land weiter mittragen wollen. Farbe bekennen heißt eben auch, nicht zwangsläufig die CDU als Koalitionspartner rechts zu überholen.

Christian Müller

Corona-Pandemie und Schule: Ferienzeit mit Wachsamkeit

(EuW) Trotz sinkender Coronazahlen in Deutschland gibt es verstärkt Sorgen wegen der möglicherweise gefährlicheren Delta-Variante des Coronavirus. Expertinnen und Experten aus Medizin und Wissenschaft mahnen, auf eine mögliche vierte Welle vorbereitet zu sein.

„Welche Auswirkungen das Delta-Virus auf das kommende Schuljahr haben wird, lässt sich heute noch nicht seriös voraussagen“, sagte die GEW-Vorsitzende Maike Finnen kurz vor Ferienbeginn. In Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern beginnt das neue Schuljahr beispielsweise erst Mitte September. Aber auch Sachsen-Anhalt liegt im kommenden Schuljahr eher in der Gruppe, die relativ spät ins neue Schuljahr startet. Daraus erwachsen viele Unwägbarkeiten. Die GEW wünsche sich – wie Schülerinnen und Schüler sowie auch deren Eltern – „so schnell wie möglich wieder mehr ‚Normalität‘, das bedeutet in erster Linie Präsenzunterricht für alle“. Dabei gelte aber: „Der Schutz der Gesundheit aller hat auch in der Schule Vorrang. Auch nach den Ferien

werden Hygienekonzepte wie eine Teststrategie und Masken eine wichtige Rolle spielen, um eine Ausbreitung der Delta-Variante zu unterbinden“, sagte die neue GEW-Vorsitzende.

Angesichts der unklaren Entwicklung der Corona-Pandemie durch weitere Mutationen muss jetzt dringend gehandelt werden, beispielsweise müssen Klassenräume mit Filtergeräten ausgestattet werden. Schulen müssen endlich krisenfest gemacht werden, das beinhaltet Investitionen in Gebäude und Infrastruktur genauso wie mehr Personal für kleinere Klassen. Für die GEW sei ganz klar, dass die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zum Schulunterricht auch weiter ihre Gültigkeit besitzen.

Die GEW Sachsen-Anhalt dankt allen GEW-Mitgliedern und Bildungsbeschäftigten ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz unter den erschwerten Bedingungen im zweiten Pandemie-Schuljahr. Dank eures Engagements ist Schule und Kinderbetreuung dennoch möglich gewesen: Ihr habt die Kinder unterstützt, gefördert und gebildet.

Die Redaktion der EuW wünscht euch angenehme und vor allem erholsame Sommerferien!

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Farbe bekennen ...	2
Corona-Pandemie und Schule: Ferienzeit mit Wachsamkeit	2
29. Gewerkschaftstag der GEW: Sechs Forderungen zur Stärkung des Bildungssystems	3
Änderung der Versetzungsverordnung an Sekundarschulen: Lautstarke Demonstration gegen Tullners Pläne	4
Neuerliche Kürzungsdebatten an Hochschulen: Strukturelle Unterfinanzierung bleibt Kern des Problems	5
Kürzungsdebatten an der MLU: Legenden und Redlichkeit	5
Aufruf anlässlich der bevorstehenden Tarifrunde zum TV-L: Starke Bilder für eine angemessene Wertschätzung!	6

Titelthema: Bildungsjahr 2020/2021

Bilanz des Bildungsjahres 2020/2021: Bildung unter Ausnahmebedingungen	7
EuW-Gespräch mit der GEW-Landesvorsitzenden: Herausforderungen angenommen und bestanden	7
GEW-Studie „Digitalisierung im Schulsystem“: Trotz Digitalisierungsschub: eklatante Techniklücken	9
Ansatzpunkte für eine zeitgemäße Schulentwicklung: Die Utopien von Schule sind andere als vor der Pandemie	11

Tarif + Recht

Gewerkschaftliche Zeitpolitik: Feministisch, was sonst?!	12
Initiative „Sprecherziehung im Lehramt“ informiert: Stimmbelastung beim Sprechen mit Mund-Nasen-Schutz	13
Beamt*innen mit mindestens drei Kindern: Update zur amtsangemessenen Alimentation	13
Sprachliche Bindungswirkung im Verwaltungsrecht: „Soll“ heißt eigentlich „muss“	14
Zweifel an Bafög-Berechnung: GEW rät Studierenden zu Widerspruch	14

Info + Termine

Herbstseminar des VB Hochschule/Forschung/Lehrerbildung: Zwischen Ressourcen und Verantwortung	15
--	----

29. Gewerkschaftstag der GEW: Sechs Forderungen zur Stärkung des Bildungssystems



(EuW) „Bildung muss krisenfest gemacht werden“, dafür hat sich die GEW während ihres 29. Gewerkschaftstages stark gemacht. „Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Brennglas die Schwächen des gesamten Bildungssystems in Deutschland gezeigt. Die mangelnde Chancengleichheit ist und bleibt die Achillesferse des Bildungswesens. Es ist absolut inakzeptabel, wenn die Postleitzahl über die Bildungschancen der Menschen entscheidet“, sagte die neue GEW-Vorsitzende Maike Finnnern zum Abschluss des virtuellen Gewerkschaftstages am 11. Juni in Leipzig. Sie stellte ein Sechs-Punkte-Programm zur Stärkung der Bildung vor.

Die Unterfinanzierung des Bildungswesens müsse endlich beendet werden. Dafür muss die Einnahmebasis der öffentlichen Hand verbessert werden und das Kooperationsverbot endlich komplett fallen, betonte sie. Sie schlug eine Reform der Steuerpolitik vor, die einkommensschwache Schichten entlaste und einkommensstarke mehr in ihre gesellschaftliche Pflicht nehme. Dazu gehörten die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Corona-Abgabe für Superreiche. Zudem müsse die Schuldenbremse ausgesetzt und die Rückzahlung der Corona-Kredite zeitlich erheblich gestreckt werden.

Sie forderte für das Bildungssystem dringend mehr Fachkräfte, damit den Lernenden qualitativ gute Bildung angeboten werden kann. Dafür seien die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch die Bezahlung, beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher, deutlich zu verbessern. Gleichzeitig seien die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Drittens müsse der Investitionsstau endlich aufgelöst werden. Allein gut 50 Milliarden

Euro beträgt der Sanierungsbedarf an den Hochschulen, rund 43 Milliarden Euro an den Schulen. „Wir brauchen ein auf zehn Jahre ausgelegtes Bundesprogramm zur Sanierung von Bildungsgebäuden“, hob die GEW-Vorsitzende hervor.

Gleichzeitig müsse der Ausbau der digitalen Infrastruktur in der Bildung vorangetrieben werden. Der Digitalpakt Schule sei finanziell deutlich aufzustocken, zu verstetigen und auf andere Bildungsbereiche auszuweiten.

Sie setzte sich für einen Ausbau der Ganztagsbildung ein. Zeitgleich brauche Deutschland eine Qualitätsoffensive für die Ganztagsangebote. Ziel sei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Schließlich betonte Finnnern, dass Demokratie mehr politische Bildung braucht. Gerade die Corona-Pandemie, in der rechts-extreme Parteien und Ideologien sowie Verschwörungstheorien Zulauf erhalten, zeigt die Versäumnisse der Vergangenheit. Wenn man sich anschaut, wie das Thema Demokratiebildung von der Schule bis zur Weiterbildung in den vergangenen Jahren von der Politik vernachlässigt worden ist, so sind deren Krokodilstränen wenig glaubhaft.

Die Delegierten der GEW Sachsen-Anhalt verfolgten den Gewerkschaftstag coronabedingt in Magdeburg. Die Wahlabstimmungen und Beschlussfassungen zu den Anträgen wurden elektronisch vollzogen. Noch unter dem Eindruck der Landtagswahl folgten sie den Beschlüssen des Gewerkschaftstages und betonten, dass die sechs Forderungen auch den Bedingungen in Sachsen-Anhalt entsprechen.

Der GEW-Landesvorstand hat sich daher wenige Tage nach der Wahl und dem Gewerkschaftstag an die gewählten Abge-



Fotos: Kay Herschelmann (2)

ordneten des neuen Landtages mit Forderungen gewandt. Sie sollen nach Auffassung der GEW in den auszuhandelnden Koalitionsvertrag Eingang finden.

In dem Schreiben an die Abgeordneten der demokratischen Parteien heißt es: „Aus Sicht der GEW ist gute Bildung der Schlüssel für positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven in Sachsen-Anhalt. Wir alle stehen vor der Aufgabe, die Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt zukunftsfest zu gestalten. Die GEW wünscht sich die Verbesserung materieller und personeller Bedingungen in allen Bildungseinrichtungen, verbunden mit einer offenen, zugewandten und inklusiven Bildungsstrategie. Allen Menschen in Sachsen-Anhalt gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, kann entscheidend dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und gerechtere Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.“

Änderung der Versetzungsverordnung an Sekundarschulen: Lautstarke Demonstration gegen Tullners Pläne

(EuW) Mitte Mai konnte der Medienbe-
richterstatter entnommen werden, dass
Bildungsminister Marco Tullner (CDU)
die Regelungen zur Einstufung in den
Realschul- bzw. Hauptschulzweig der
Sekundarschule vorerst nicht in die Ver-
setzungsverordnung aufnehmen will. Der
Bildungsminister ist zwar leicht zurückge-
rückt, trotzdem bleibt das Ziel bestehen:
Unzählige Schüler*innen könnten in Bezug
auf ihren weiteren Bildungsweg unfair
behandelt und benachteiligt werden. Bisher müssen Schüler*innen am Ende der
sechsten Klasse in jedem Fach mindestens
eine Vier erreichen, um in den Folgejah-
ren den Realschulabschluss anstreben zu
können. Eine schlechtere Leistung kann
dabei durch eine bessere ausgeglichen
werden. Das Bildungsministerium will mit
den vorgeschlagenen Änderungen diese
Schwelle um eine ganze Note anheben.

Versetzungsverordnung kundzutun. Um
15 Uhr startete eine bunte und laute Fahr-
rad-Demo durch die hallesche Innenstadt.
Ziel war das Landesmuseum für Vorge-
schichte am Rosa-Luxemburg-Platz, um
dort die anschließenden Wortbeiträge und
Abschlusskundgebungen zu hören. Zahlrei-
che Redner*innen aus Praxis und
Politik, wie zum Beispiel Hendrik
Lange (DIE LINKE), Thomas Senger
(Stadtelternrat Halle) und Melanie
Ranft (BÜNDNIS90/
GRÜNE), sprachen
vor der Menge
und brachten ihre
Argumente gegen
die geplante Ver-

Bands „Die Kinder vom See“, „SaYes“, „Ute
Who?“, „D2L2“, „Mixed Bag“, „Outtake of
Evil“ und „SoJaaZ“, die allesamt im Bil-
dungsbereich beruflich aktiv sind, haben
den Nachmittag klangvoll gestaltet und für
lautstarke Unterstützung gesorgt.

Aus der Rede von Eva Gerth:

„Tullners Pläne zeugen von man- gelndem pädagogischen und sozialen Fingerspitzengefühl“

Es gibt auch etwas Gutes an dieser Änderung der Versetzungs-
verordnung: Ein freiwilliges Zurücktreten, ein freiwilliges Wie-
derholen wird nicht angerechnet, also die Schüler*innen sind
nicht sitzengeblieben. Das ist gut so in diesem Corona-Jahr. Die
diskutierten Verschärfungen der Versetzungsverordnung für
die Sekundarschulen werden jedoch von der GEW abgelehnt.
Die betroffene Schulform ist seit Jahren personell massiv
unterversorgt, zudem wurden die Stundentafeln dort immer
weiter gekürzt. Mitten in der Pandemie jetzt eine solche Ände-
rung in Gang zu setzen, zeugt von wenig pädagogischem und
sozialem Fingerspitzengefühl. Jede pädagogische Fachkraft
weiß, dass Lernen ein Prozess mit unterschiedlichen Phasen
ist. Bei Kindern von zwölf Jahren derart strenge Regeln einzu-
führen, deutet auf wenig Einblick in die Abläufe an unseren
Schulen. In Zukunft sollen bereits zwei Vieren auf dem Zeugnis
der 6. Klasse ausreichen, damit das Kind automatisch in den
Hauptschulbildungsgang rutscht, egal welche Anstrengung
hinter diesen Noten steckt.

Der Bildungsminister hat inzwischen auch gemerkt, dass so
etwas nicht opportun ist so kurz vor den Wahlen. Gründe für
Lob gibt es trotzdem keine. Die Änderung ist nur aufgeschoben,
nach wie vor will man offensichtlich reine Hauptschulklassen
schaffen und damit zum Ende der 6. Klasse Bildungschancen
verbauen.

Der Leistungsdruck wird aber auch im Corona-Jahr nicht
rausgenommen: Der Leistungsbewertungserlass gilt weiter,
eigentlich müssten alle Klassenarbeiten geschrieben werden.
Und auch hier gibt es nur Appelle und keine klaren Ansagen
aus Magdeburg. Dabei brauchen die Schülerinnen und Schüler
jetzt Lernzeit und keine unsinnigen Tests.

Die Verantwortung dafür wird den Schulen überlassen.

Aber auf einen wichtigen Punkt sind unsere Bildungspolitiker
bisher nicht gekommen: Sekundarschulen und Gemeinschaf-
tschulen dürfen nicht zu Restschulen werden! Dort, wo viele es
etwas schwerer haben, weil ihnen das Lernen keinen echten
Spaß macht, weil man vielleicht krank war, weil die Eltern nicht
so gut helfen können, weil vielleicht zu Hause wenig Deutsch
gesprochen wird, weil man keinen eignen Laptop hat ..., an
diesen Schulen muss die meiste Förderung passieren. Ich rede
von Personal, von Schulsozialarbeit, von Ganzttag, von der
Ausstattung der Schulen, von nicht zusammengestrichenen
Curricula. Notwendig ist eine attraktive Schulform für alle
unsere Schülerinnen und Schüler mit vielen Ideen und vielen
Ressourcen, jenseits vom Gymnasium. Eine Schule, auf die
man gern geht.

Mit Engagement allein schaffen Lehrer*innen zwar viel,
aber nicht alles. Dazu brauchen wir einen gesellschaftli-
chen Konsens zu Förderung aller Kinder. Das nennt man
dann Bildungsgerechtigkeit. Davon würden in der Zukunft
die Berufsausbildungen, die Arbeitswelt und letztlich die
Gesellschaft selbst profitieren.

Danke für die Initiative! Wenn das auch ein Ergebnis von
Corona ist, dass wir uns gemeinsam laut für gute Bildung
einsetzen, dann haben wir alle aus dem vergangenen Jahr
etwas gelernt.



Foto: Christiane Rex

Anlässlich dieser Problematik fand am
26. Mai in Halle die Demonstration „Bil-
dungsperspektiven für Kinder offenhalten!
Nein zu Tullners Plänen. Heute und auch
morgen!“ statt. Ins Leben gerufen wurde
diese durch die gleichnamige Initiative, die
sich aus Lehrer*innen zusammengeschlos-
sen und eine Petition ins Leben gerufen hat,
um die Verschärfung der Versetzungsver-
ordnung zu verhindern. Denn eine erneute
Wiederaufnahme und breite Diskussion
zu § 6 ist für die neue Legislaturperiode
geplant. Ziel ist es jedoch, Tullners Plan
nicht nur auf Eis, sondern dauerhaft ad
acta zu legen.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, um
auf die Petition aufmerksam zu machen
und eine breite Unterstützung zu erhal-
ten: Bis zum Ende der Petition sind 6.185
Unterschriften eingegangen. Das zeigt, dass
die Forderung, den Änderungsvorschlag
zur Notenregelung zu verwerfen, in der
Bevölkerung einen breiten Rückhalt erfährt.
Am 26. Mai hatten auch die Kinder, Eltern
und Pädagog*innen während der Demo
die Möglichkeit, ihre Meinung über die

ordnung vor. Mit
dabei war auch
Eva Gerth, die Vor-
sitzende der GEW
Sachsen-Anhalt:
„Die diskutierten
Verschärfungen
der Versetzungs-
verordnung für die
Sekundarschulen
werden von der
GEW abgelehnt.
Die betroffene
Schulform ist seit
Jahren personell
massiv unterver-
sorgt, zudem wur-
den die Stundentafeln dort immer
weiter gekürzt.“
Die Kundgebung
wurde von einem
kurzweiligen Pro-
gramm umrahmt.
Die Musiker*innen
der halleschen



Neuerliche Kürzungsdebatten an Hochschulen: Strukturelle Unterfinanzierung bleibt Kern des Problems

(EuW) Angesichts der neuerlichen Kürzungsdebatten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wies die GEW Sachsen-Anhalt Anfang Juni nochmals darauf hin, dass ein Großteil der Probleme in der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen begründet ist. Seit Jahren müssen die Beschäftigten in der Forschung immer stärker Drittmittel einwerben und in der Lehre deutlich mehr Studierende betreuen, als das Land finanziert. So stemmen die Hochschulen mehr als jeden dritten Studienplatz, ohne dafür Geld zu erhalten. Unter diesen Bedingungen leiden Wissenschaft und Studium sichtbar. Für eine tragbare Lösung wäre deshalb eine dauerhafte Erhöhung der Grundfinanzierung der beste Weg.

Unabhängig von den konkreten Ursachen des diskutierten Millionen-Defizits an der MLU zeigte die Debatte aber einmal mehr, wie schwer sich Spitzenforschung und gute Lehrbedingungen unter den gegebenen Voraussetzungen auf Dauer planen lassen.

Die Unkalkulierbarkeit der Budgets durch kurzfristige Bundesprogramme, neue Drittmittel-Projekte und zusätzliche Aufgaben erhöht massiv den Verwaltungsaufwand an den Hochschulen ohne die Qualität nachhaltig zu verbessern. Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, setzte die möglichen Schließungen in diesen Zusammenhang: „Taucht in einer solchen Unübersichtlichkeit auf dem Papier oder real ein Fehlbetrag auf, werden sofort die Rotstifte gezückt und ganze Fachrichtungen zur Disposition gestellt. Dabei haben wir in den letzten Monaten schmerzhaft erfahren, wie wichtig gute Forschung und hoch qualifizierte Bildung für die Gesellschaft sind.“

Die unmittelbar Leidtragenden der strukturellen Fehlentscheidungen sind in erster Linie die Beschäftigten und die Studierenden. Die Auseinandersetzung führt bei ihnen schon jetzt zu großer Verunsicherung, bei der – auch teilweisen – Umsetzung der Pläne würden sich die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen weiter verschlechtern.

Die GEW unterstützte daher die Protestveranstaltung am 2. Juni in Halle materiell sowie mit einem Redebeitrag.

Nicht nur aufgrund des großen Mangels an gut ausgebildetem Personal im Land wird sich die GEW weiter dafür einsetzen, dass Politik, Verwaltung und Hochschulen die Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt nicht unter bloßen Sparaspekten betrachten. Angesichts fehlender Lehrkräfte, Richter*innen und Ärzt*innen sollten die Bestrebungen auf einen weiteren und verstetigten Ausbau gerichtet sein. Eva Gerth spannte dafür den Bogen zu den gerade abgehaltenen Landtagswahlen: „Wie können wir dauerhaft eine gute und breite Forschung und Lehre an den Hochschulen im Land sicherstellen? Das ist die zentrale Frage, die der neue Landtag und die neue Landesregierung beantworten und sich zur Finanzierung bekennen müssen. Niemand kann und will sich dabei Reform- und Entwicklungsdiskussionen entziehen, sie sollten aber immer vom gesellschaftlichen Bedarf geleitet sein.“

Kürzungsdebatten an der MLU: Legenden und Redlichkeit

In dem Artikel „Tullner stützt das Rektorat“ vermutete die Mitteldeutsche Zeitung am 2. Juni dieses Jahres, dass die Ursache für die finanzielle Misere der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) daran liegen würde, dass das Rektorat der MLU die 2014 verabredeten Strukturveränderungen nicht umgesetzt habe.

Dies bedarf jedoch einer genaueren Betrachtung: Zunächst gab es gar keine „Verabredung“, sondern lediglich eine Hochschulstrukturplanung des Landes, auf die sich das Ministerium bezieht. Diese sah

die Reduzierung der finanzierten Studienplätze im Land um ca. 5,3 Prozent vor. Zur Umsetzung wurde an der MLU die Schließung der Geowissenschaften, der Sportwissenschaften, der Medien- und Kommunikationswissenschaften und der Psychologie, des Institutes für Informatik, der künstlerischen Musikausbildung und des Studienkollegs vorgeschlagen. Die künstlerische Musikausbildung wurde später tatsächlich geschlossen – für die Händelstadt Halle war allein dies traurig genug – alle anderen Einrichtungen blie-

ben aber erhalten. Und zwar mit Kenntnis des Landes und der entsprechenden Ministerien, weil sich gezeigt hatte, dass diese Einrichtungen benötigt wurden und werden, und weil es zusätzliche Mittel für die Hochschulen vom Bund gab. Sich heute noch auf die Hochschulstrukturplanung von 2014 zu beziehen, ist unredlich. Sie war damals schon falsch und ist heute längst überholt.

Bertolt Marquardt,
Erster Stellv. Vorsitzender
im Personalrat der MLU

Literatur-Tipp:

GEW-Ratgeber „Arbeitsplatz Hochschule und Forschung“

Fragen zum Arbeitsverhältnis sind auch für Hochschulbeschäftigte immer wieder von Interesse: Bin ich richtig eingruppiert? Darf ich in der Arbeitszeit promovieren? Kann mein Beschäftigungsverhältnis noch einmal verlängert werden? Wie viel Urlaub darf ich nehmen? Antworten gibt der neue GEW-Ratgeber „Arbeitsplatz Hochschule und Forschung“.

Dem mangelnden Bewusstsein vieler Arbeitgeber, dass Wissenschaftler*innen neben ihren Pflichten auch gesetzlich und tarifvertraglich verbrieft Rechte haben, stehen häufig fehlende Kenntnisse der Beschäftigten gegenüber. Dem verschafft die GEW mit dem Ratgeber „Arbeitsplatz Hochschule und Forschung“, der jetzt in einer vollständig überarbeiteten Neuauflage erschienen ist, Abhilfe. Die umfangreichen Antworten auf die anfangs gestellten Fragen verdanken wir den Berliner Fachanwältinnen für Arbeitsrecht Sandra Kunze

und Laura Krüger. Aus ihrer Praxis sind ihnen die Probleme vertraut. Sie haben es geschafft, auch schwierige Fragen des Arbeits-, Tarif- und Wissenschaftsrechts verständlich zu machen.

Im Zuge des deutschen Bildungsföderalismus hat sich das Wissenschaftsrecht weit auseinanderentwickelt. Das Hochschulrahmengesetz hat jede Bindungswirkung für die Landeshochschulgesetze verloren. Auch die tarifpolitische Landschaft droht zum Flickenteppich zu werden. Das Beamtenrecht wird von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet. Der Ratgeber versucht gleichwohl, die wesentlichen Grundzüge des Arbeits-, Tarif- und Wissenschaftsrechts länderübergreifend zusammenzufassen.

Umso wichtiger ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen im Einzelfall eine persönliche Beratung in Anspruch nehmen. Diese kann in vielen Fällen die örtliche Personalvertretung geben. GEW-Mitglieder

haben darüber hinaus die Möglichkeit, sich vom Landesverband kostenlos beraten zu lassen. Im Konfliktfall gewährt die GEW außerdem nach Maßgabe ihrer Richtlinien Rechtsschutz.

Wer für die Reform von Karrierewegen und bessere Beschäftigungsbedingungen kämpft, ist gut beraten, die Rechte zu kennen, die frühere Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bereits erfolgreich erstritten und auf die Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen schon heute Anspruch haben.

Der 92 Seiten umfassende Ratgeber kann als Broschüre im GEW-Shop online bestellt werden, darüber hinaus steht er als PDF zum kostenlosen Download zur Verfügung. Bei der GEW Sachsen-Anhalt ist der Vorstandsbereich Hochschule/Forschung/Lehrerbildung Ansprechpartner.

Hans-Dieter Klein



Aufruf anlässlich der bevorstehenden Tarifrunde zum TV-L:

Starke Bilder für eine angemessene Wertschätzung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tarifrunde 2021 zum TV-L wirft ihre Schatten voraus. Was die Durchsetzung unserer Forderungen angeht, haben wir einen heißen Herbst zu erwarten. Die öffentlichen Arbeitgeber zeigen sich bisher wenig verhandlungsbereit und verweisen unter anderem auf die Kosten der Corona-Pandemie.



In den vergangenen beiden Monaten führten wir mit euch einige Online-Diskussionen zu unseren Tarifforderungen durch. Dabei habt ihr uns sehr deutlich aufgezeigt, dass es hinsichtlich eurer tariflichen Forderungen noch viele weitere „Baustellen“ gibt: Stufengleiche Höhergruppierung, Paralleltabelle, 95 Prozent befristete Arbeitsverträge an den Hochschulen u. v. m. sind die Themen, die euch bewegen, und stellen die Inhalte unseres Tarifikampfes dar.

Um eure berechtigten Forderungen bei dieser Tarifrunde 2021 zu unterstreichen und zu bekräftigen, benötigen wir eure tatkräftige Unterstützung. Da wir die Pandemie-Situation im Herbst noch nicht abschätzen können und somit nicht wissen, ob es dann möglich sein wird, gemeinsam auf die Straße zu gehen, wollen wir in einer breit gefächerten Social-Media-Kampagne euch in vielseitigen Alltagsszenen zeigen.

Wir wollen die Aktionen mit euch so vorbereiten, dass wir in den sozialen Medien präsent sind und unsere Forderungen für die Tarifrunde TV-L 2021 online verbreiten können. Lasst uns gemeinsam den Arbeitskampf 2.0 organisieren!

Wir rufen dazu auf, uns Fotos oder sogar Videos von euch in authentischen Szenen eures Arbeitsalltags zuzusenden. Egal ob ihr als Lehrer*in, Hochschuldozent*in oder Erzieher*in arbeitet: Zeigt uns und euren Arbeitgebern, wie vielschichtig euer Alltag ist und wie viele Aufgaben und Situationen ihr als Pädagoginnen und Pädagogen tagtäglich meistern müsst.

Viele von euch sind Seelentröster, Hausmeister, IT-Fachkraft und Organisations-talent zugleich ... Schickt uns Bilder eures Alltags in Schule, Hochschule und Kita und verfasst dazu vielleicht auch noch einen prägnanten bitterernsten oder auch satirischen Text als Bildunterschrift. Unser Plakat, das dieser Ausgabe der EuW beigeheftet ist, zeigt eure Kollegin Anke Prellwitz in einigen der vielen Situationen, denen sie als Lehrerin tagtäglich gewachsen sein muss. Das Plakat könnte durchaus auch eine Inspiration sein, eurer Kreativität sind aber keine Grenzen gesetzt. Bringt zum Ausdruck, dass ihr engagiert und

innovativ seid und dass das nur mit guter Bezahlung einhergehen kann und lobende Worthülsen als alleinige Wertschätzung nicht ausreichen!

Unter den Einsendungen werden wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Gutscheinen belohnen. Wir verlosen jeweils einen Büchergutschein, einen Kinobesuch und ein Blumenpräsent, um für etwas Entspannung und Freude im Berufsalltag zu sorgen. Da es ohne Datenschutz nicht geht, benötigen wir von euch eine Einwilligung darüber, dass wir eure Fotos und Texte im Rahmen der Tarifrunde veröffentlichen dürfen. Weitere Informationen zur Vorgehensweise und die Datenschutzerklärung findet ihr auf www.gew-sachsenanhalt.net/go/fotowettbewerb oder ihr nutzt den nebenstehenden QR-Code.

Wir sind auf eure Einsendungen gespannt! Und vielleicht lässt es die Corona-Situation zu, dass wir eure Bilder und Einsendungen dann auch auf Plakaten auf der Straße im „echten“ Tarifikampf zeigen können. Seid aktiv und kreativ, damit wir unsere Forderungen laut und stark vertreten können!

Ulrich Härtel,
VB Tarif- und Beamtenpolitik

Ich heiße Anke und bin Lehrerin.
 Doch ich bin noch viel(e) mehr:
 Ich halte die Technik am Laufen,
 organisiere Papier und Bücher,
 kopiere und verteile, mache Pläne,
 öffne Fenster und schließe Lücken.
 Ich beobachte Wachstum und
 kümmere mich um's Klima, halte
 die Augen offen und mir manch-
 mal am liebsten die Ohren zu. Oft
 gehe ich in mich, bin mal außer
 mir, verstehe, vermittelte, versorge,
 vergesse. Ich gehe ins Netz und
 ans Telefon, nehme Menschen
 ernst und mit, ich rate, renne,
 schau auf die Zeit, zähle, rechne,
 wehre ab und lande Treffer ...

geht's noch?!

... so geht's nicht weiter!

Gewerkschaft
 Erziehung und Wissenschaft
 Landesverband
 Sachsen-Anhalt

Wer in seiner Familie Kinder oder Enkel hat, die im vergangenen Jahr oder zum kommenden Schuljahr eingeschult wurden bzw. wer-

Bilanz des Bildungsjahres 2020/2021: Bildung unter Ausnahmebedingungen

den, wird hoffentlich sehr verschiedene Antworten bekommen, wenn man nach den ersten Schritten ins Schulleben fragt. Der eine wird sagen, dass sich sein Schulbesuch vielleicht auf drei Monate Präsenz reduzierte, aber ansonsten die wöchentliche Videokonferenz mit seiner Lehrerin ihm sehr geholfen hätte. Außerdem habe es Spaß gemacht, dass die Eltern mit ihm Schule machten. Lesen kann er schon sehr schnell, wird er noch hinzufügen. Die andere, seine ein Jahr jüngere Cousine, wird sich gerade erwartungsvoll auf das kommende Schuljahr vorbereiten und sagen, dass nun doch in der Kita das Zucker-tütenfest stattgefunden hat und sie in der Schule angemeldet sei. Sie geht davon aus, dass sie regulär in einer 1. Klasse ihrer Schule mit anderen Kindern lernen wird.

Diese Beispiele zeigen, welche Einschnitte es gerade im vergangenen Bildungsjahr in den Bildungsbiografien, und das gilt von der Kita bis zur Hochschule, gab. EuW sprach über die Entwicklungen des vergangenen Jahres im Bildungsbereich mit der GEW-Landesvorsitzenden Eva Gerth.

Aber nicht nur das Leben der Kinder hat nicht erwartete Entwicklungen genommen. Die Methoden des Lernens und Studierens, die Arbeitsbedingungen der

Erzieher*innen, Lehrkräfte und Forschenden haben sich vielfach verändert. Nicht alles ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen, aber sehr vieles schon. Deshalb lohnt es sich, eine Analyse der entstandenen neuen Bedingungen vorzunehmen, aber auch den Blick in die Zukunft zu richten. Diese beginnt eben nicht erst nach dem Sommer, sondern sofort.

EuW-Gespräch mit der GEW-Landesvorsitzenden:

Herausforderungen angenommen und bestanden

Das Bildungsjahr geht zu Ende und die Urlaubszeit steht vor der Tür. Als Landeszeitung der GEW Sachsen-Anhalt erscheinen wir auch mit einer Ausgabe für die Monate Juli und August – ein guter Anlass, Bilanz über das Bildungsjahr, aber auch über bildungspolitische Entwicklungen zu ziehen.

In vieler Hinsicht war es ein Jahr der Superlativen was die Anstrengungen betrifft, die Verbreitung der Corona-Pandemie zu begrenzen. Es war ein Jahr der Anstrengungen, über digitale Medien zu verhindern, dass das Bildungssystem auf den Zusammenbruch zusteuerte. Schließlich war es ein Jahr, das mit den bereits angestauten Problemen, wie Unterfinanzierung, Personalmangel und prekären Arbeitsverhältnissen, belastet war. Für die EuW führte Hans-Dieter Klein mit der GEW-Landesvorsitzenden Eva Gerth das nachfolgende Gespräch.

Hans-Dieter: Eva, das Bildungsjahr 2020/21 geht zu Ende. Die Kolleginnen und Kollegen an den Bildungseinrichtungen atmen zu Recht auf. Für die Redaktion der EuW ist das ein guter Anlass, Bilanz zu ziehen. Kurz vor dem Ende des Bildungsjahres wurden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Deshalb gibt es gute Gründe, dabei nicht chronologisch vorzugehen, denn die Wahl vom 6. Juni hat natürlich übergreifende Bedeutung. Eva, wie beurteilst du das Wahlergebnis aus Sicht der GEW?

Eva: Ich bin froh darüber, dass Sachsen-Anhalt eine demokratische Regierung haben wird, an der die AfD nicht beteiligt ist. Das ist ein gutes Ergebnis der Wahl.

Weniger froh bin ich darüber, dass wir nun wahrscheinlich fünf Jahre konservative Bildungspolitik vor uns haben werden. Einen Vorgeschmack darauf gab es ja schon in der vergangenen Legislaturperiode mit Minister Tullner und den Versuchen, Kürzungen vor allem den Gemeinschaftsschulen und Sekundarschulen überzuheften, der Verschärfung der Versetzungsverordnung oder der Streichung der Altersermäßigung für die 60- und 61-Jährigen. Auch die gegenwärtige Diskussion um das Aufholen der „Lernrückstände“ geht völlig an der Realität in den Schulen und an den Erfahrungen der Lehrkräfte vorbei.

Ansonsten weiß ich, dass eher Pragmatismus angebracht ist. Die GEW gratuliert den Abgeordneten der demokratischen Parteien zu ihrer Wahl in den Landtag von Sachsen-Anhalt. Und die GEW wird ihre Ziele als Tarif- und Bildungsgewerkschaft weiterhin konsequent verfolgen. Sie muss allerdings noch überzeugender in ihrer Argumentation werden und ihre Forderungen noch klarer benennen. Als größte Bildungsgewerkschaft im Lande werden wir definitiv nicht zu überhören sein!

Eine weitere Erfahrung der vergangenen Legislatur zeigt, dass inzwischen viele bereit sind, ihre Vorstellungen von guter und gerechter Bildung laut zu artikulieren. Wir haben auch Bündnisarbeit gelernt, so u. a. beim Volksbegehren, bei der Schulsozialarbeit oder auch gegen die Verschärfung der Versetzungsverordnung. Und wenn man einmal gut zusammengearbeitet hat, dann bleibt ein Netzwerk für neue Projekte.



➔ **Hans-Dieter:** Die zweifellos größte Besonderheit der beiden letzten Jahre ist der Einfluss der Corona-Pandemie auf das gesellschaftliche Leben überhaupt und auf die Arbeit an den Bildungseinrichtungen im Besonderen. Kindertagesstätten, Schulen, Freizeiteinrichtungen mit sozialpädagogischen Angeboten und Hochschulen waren und sind zwar unterschiedlich, aber im Wesentlichen gleich betroffen: Die Beschäftigten und die Kinder, Jugendlichen, die Lernenden und Studierenden, mussten ihr Leben neu organisieren. Und das betraf eben nicht nur den privaten, sondern besonders den Arbeitsbereich. Was lag alles bei der GEW auf dem Tisch? Konnte unsere Gewerkschaft ihren Einfluss geltend machen und wie schätzt du das Agieren der Arbeitgeber ein?

Eva: Wenn ich unseren Einfluss an der Zahl der Presseanfragen messen würde, dann ist er tatsächlich gewachsen. Im Ernst, die Zeit seit März 2020 war für uns als GEW genauso intensiv wie für alle Pädagog*innen und Lernenden in den Einrichtungen auch. Das begann mit der technischen Aufrüstung für Video- und Hybridkonferenzen, die Bewältigung der Schwierigkeiten von Homeoffice und das Durchsetzen des Gesundheitsschutzes. Ohne in direktem Kontakt zu den Mitgliedern zu sein, ist das für eine Gewerkschaft natürlich eine besondere Herausforderung. Andererseits gab es Arbeitsgruppen – die wären als Präsenzveranstaltung geringer besucht gewesen als in der Videokonferenz –, die einen guten Austausch boten, ohne die Fahrtzeit in Kauf nehmen zu müssen.

Wir konnten auch deshalb unseren Einfluss geltend machen, da die Mitglieder des ehrenamtlichen Landesvorstandes der GEW vor Ort in den Schulen und Kitas waren und oft am eigenen Leib erlebt haben, was gerade falsch läuft und dringend geändert werden muss. Unsere Personalräte waren aufgrund der starken GEW-Mehrheit handlungsfähig und durchschlagskräftig. Und wir haben viel Zeit in die Suche nach der richtigen Lösung investiert. Wenn ich allein an die vielen Stunden Diskussion im Lehreraufpersonalrat zum Rahmenhygieneplan denke, immer haben wir entschieden um Verbesserungen für die Beschäftigten gerungen. Und es gab Erfolge, wie zum Beispiel die Anerkennung von mehr Arbeitszeit im Schulbereich durch den Arbeitgeber.

Das war immer der wichtigste Punkt bei allen Entscheidungen: Wir kämpfen für unsere Mitglieder, für die Beschäftigten. Diese klare Linie hat sich aus meiner Sicht bewährt.

Was die vieldiskutierte Finanzierung der Pandemie angeht, kann ich die Politik nur davor warnen, jetzt die Ausgaben bei Bildung und Personal kürzen zu wollen. Gerade hier muss investiert werden, auch das hat Corona gezeigt.

Hans-Dieter: Auch ganz aktuell sind die Ergebnisse des Gewerkschaftstages, der vor wenigen Tagen in unserem Nachbarland Sachsen, konkret in Leipzig, stattfand und doch kein traditioneller Gewerkschaftstag war, weil die Delegierten nicht vor Ort waren. Kann man jetzt schon etwas zu seiner Bedeutung sagen?

Eva: Es war ein Mut machender Gewerkschaftstag, der uns nach diesem Jahr nochmal zusammenrücken ließ. Wir haben eine starke neue Vorsitzende, einen schlagkräftigen neuen Vorstand für die bundesweit ca. 280.000 Mitglieder und sind damit die viertgrößte Gewerkschaft im DGB. Damit kann die Arbeit von Marlis Tepe und ihrem Team nahtlos weitergeführt werden. Ich hätte Marlis Tepe sehr gewünscht, dass sie die Anerkennung und die Umarmungen zum Abschied nicht nur virtuell spürt.

Inhaltlich ging es um die Verständigung darüber, wie es gelingen kann, die „Bildung krisenfest zu machen“, also so zu finanzieren, dass Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit gesichert sind. Dabei geht es uns nicht nur um kurzfristige Corona-Bewältigung, sondern u. a. um die Aufhebung des Kooperationsverbots, eine Reform der Steuerpolitik, die Superreichen in die Verantwortung nimmt, um mehr Fachkräfte, um eine Auflösung des Investitionsstaus und letztendlich den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Ganz wichtig ist aus meiner Sicht auch dieser Satz von Maike Finnen: „Eine demokratische, antifaschistische Gesellschaft zu festigen, ist Aufgabe der Bildung und gehört zum Selbstverständnis der GEW.“

Hans-Dieter: Wir sind als GEW sowohl im Bund als auch in den Ländern mit dem Ziel ins vergangene Schuljahr gegangen, alle Lehrkräfte in die A 13/E 13 zu bringen. In einer Reihe von Bundesländern ist das gelungen, darunter Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Anders

ausgedrückt, von den Ost-Ländern fehlt nur unser Bundesland. Siehst du Chancen, dass wir diese Ungerechtigkeit in absehbarer Zeit beseitigen können?

Eva: Ja, auf jeden Fall. Wir werden es hoffentlich schaffen, auch der konservativsten Bildungspolitik*innen zu vermitteln, was an Grundschulen geleistet wurde und wird – nicht nur im Corona-Jahr. Der Lehrkräftemangel und die Abstimmung unserer jungen Kolleg*innen mit den Füßen für ein Bundesland mit der A 13/E 13 werden ein Übriges tun. Ich wünsche mir nur, dass die Entscheidung für die gerechte Bezahlung schnell fällt, weil unsere Lehrkräfte an Grundschulen es natürlich genauso verdienen wie die in den anderen Bundesländern und weil diese Bezahlung ein Instrument ist, den Mangel an Personal zu verringern.

Hans-Dieter: Wir sind in das vergangene Bildungsjahr mit den Ergebnissen der Tarifrunde 2020 zum TVöD gegangen. Jetzt ist die Diskussion zur Tarifrunde 2021 zum TV-L, der für die Landesbeschäftigten und abgeleitet für die Beamtinnen und Beamten große Bedeutung hat, in vollem Gange. Im Zusammenhang mit den exorbitanten Ausgaben der Länder zur Bewältigung der Corona-Pandemie hört man schon, dass es keine großen Erwartungen an eine Lohnsteigerung geben sollte. Aber es gibt eine Inflationsrate, gewaltige Arbeitsaufwendungen im Zusammenhang mit völlig veränderten Arbeitsabläufen von der Kita über die Schulen bis zu den Universitäten und schließlich auch Preisentwicklungen in einigen Bereichen, die man nicht als sozial bezeichnen kann. Wie sollten sich die Gewerkschaften, speziell die GEW und ver.di positionieren? Wie könnten auch unter Corona-Bedingungen Kampfaktionen aussehen?

Eva: Es gibt durch Corona noch einmal eine Verschärfung der Argumentation der öffentlichen Arbeitgeber, im Prinzip jedoch hören wir das, was wir zu jeder Tarifrunde hören. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Schulen, Kindereinrichtungen und Hochschulen haben in den vergangenen Monaten sehr intensiv gearbeitet und für manch einen ist die Bedeutung unserer Tätigkeit sehr plastisch deutlich geworden, wenn genau diese Einrichtungen aus Gründen der Pandemie geschlossen waren, wie die Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen außerhalb des öffentlichen Dienstes auch, was manchmal ja vergessen wird. Das heißt nicht, dass ich für eine „Corona-Prämie“ plädiere. Das hört sich zwar erstmal gut an, ist tariflich aber nicht mehr als eine Einmalzahlung. Es geht darum, den öffentlichen Dienst attraktiv zu machen und da ist gute, tabellenwirksame monatliche Bezahlung neben den Arbeitsbedingungen ein wichtiger Faktor. Dafür werden wir kämpfen.

Es werden in Tarifrunden auch immer wieder Arbeitszeitfragen thematisiert. Das ist, zumindest im Bereich der Lehrkräfte, nur am Rande ein Thema in der Tarifrunde. Ich bin jedoch überzeugt, dass es für die GEW ein sehr wichtiges Kampffeld hier im Land sein wird. Und dabei sind die Beamtinnen und Beamten ausdrücklich mit im Boot!

Und, was deine zweite Frage angeht, meine Bildungsgewerkschaft ist fantasiereich genug, um Aktionsformen zu finden, die notfalls auch coronakonform sind.

Hans-Dieter: Unsere Bildungseinrichtungen und die Arbeit an ihnen haben sich mit der beschleunigten Digitalisierung verändert. Wie schätzt du den jetzigen Stand ein: Sind die Lobgesänge berechtigt? Haben wir jetzt wirklich aufgeholt? Wie sehen das die Beschäftigten an Schulen und Hochschulen?

Eva: Vor einigen Tagen wurde eine repräsentative Studie „Digitalisierung im Schulsystem“ der GEW vorgestellt ➔ Seite 9. Sie wurde an der Georg-August-Universität in Göttingen unter der Leitung von Frank Mußmann, Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften, in Zusammenarbeit mit dem Umfragezentrum Bonn durchgeführt. Die Autoren und die GEW haben die Ergebnisse so zusammengefasst: „Die Digitalisierung in der Schule hat durch die Corona-Pandemie einen Schub bekommen. Trotzdem gibt es weiterhin eklatante Lücken bei der technischen Ausstattung. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte verändert und ist noch einmal gewachsen. Eine der größten Herausforderung stellt zudem die Kluft zwischen digitalen Nachzügler- und digitalen Vorreiter-Schulen dar. Das Lernen mit digitalen Medien und Tools wird an deutschen Schulen extrem ungleich umgesetzt.“ Das trifft eins zu eins für die Schulen in Sachsen-Anhalt zu. Die letzten Schulen erhalten erst jetzt ihre digitalen Endgeräte für

Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte gibt es bisher nur Bestellungen. Administratoren sind bisher noch nicht eingestellt, nur etwa die Hälfte aller Schulen hat Geld aus dem Digitalpakt erhalten. An vielen Stellen ist das schnelle Internet Fehlanzeige. Insofern stimmt noch nicht einmal die Regierung Lobgesänge an. Ich denke, dass digitale Lehr- und Lernmittel zukünftig nicht mehr aus der Schule wegzudenken sind, auch bei vollständigem Präsenzunterricht. Insofern sind Fragen der Ausstattung der Schulen damit vor allem Fragen von Chancengleichheit beim Lernen. Meine Kolleginnen und Kollegen wünschen sich auch gute, punktgenaue Fortbildungen und Austausch zum Umgang mit diesem didaktischen Mittel. Das ist – oft notgedrungen – an den Schulen passiert und muss jetzt fortgeführt werden. Die Hochschulen haben schnell und nach außen fast geräuschlos auf die digitale Lehre umgestellt. Aber auch hier ist vieles nur aufgrund der großen Anstrengung der Lehrenden und Studierenden gelaufen. Auch hier wird oft mit eigenen Geräten gearbeitet. Das wird von den Studierenden einfach erwartet und nach den Kosten nicht gefragt, obwohl ja die Arbeitsmöglichkeiten zur Finanzierung des Studiums stark eingeschränkt wurden. Und es gibt gute Beispiele, z. B. Projekte wie DikoLa (Digital kompetent im Lehramt, Uni Halle) rücken in den Mittelpunkt und werden hoffentlich ausgebaut. Aber die strukturellen Probleme, wie die Unterfinanzierung der Hochschulen und die viel zu oft prekären Arbeitsverhältnisse, bestehen nach wie vor.

Hans-Dieter: Wenige Wochen vor der Landtagswahl hat die GEW ihre Positionen zur Lehrer*innenbildung vorgestellt, den Parteien auf den Weg mitgegeben und in einer aus meiner Sicht sehr ansprechenden Form präsentiert und mit den beiden Universitäten und einer sehr interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Was hat sich in dieser Sache im vergangenen Bildungsjahr verändert? Stimmen wir Minister Tullner zu, wenn er seine Einstellungszahlen bejubelt? Haben wir etwas Bemerkenswertes erreicht oder werden wir in die Katastrophe bei der Unterrichtsversorgung hineinschlittern?

Eva: Das Thema Lehrkräftemangel ist aufgrund der drängenden Fragen im Zusammenhang mit der Pandemie in der Öffentlichkeit nicht so häufig diskutiert worden. Es war jedoch immer präsent. Ganz klar, Minister Tullner hat mit den Einstellungszahlen versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen. Es wurden seit einigen Jahren immer weniger Lehrkräfte eingestellt, als die Schulen verlassen haben. Die Zahl der Langzeiterkrankten steigt. Die Unterrichtsversorgung sinkt deshalb weiter. Daran konnten auch Unterrichtskürzungen und die Verschärfung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte nichts ändern. Umso mehr braucht Sachsen-Anhalt aussagekräftige Planungen zum Bedarf an Lehrkräften und dem weiteren pädagogischen Personal. Die GEW hat, gemeinsam mit Thomas Lippmann, seit 20 Jahren diese Planungen in verschiedenen Zusammenhängen vorgelegt. 2016 haben wir unsere erste Broschüre zum Bedarf an Lehramtsstudierenden vorgestellt, jetzt die zweite, wo wir uns nicht nur zum Bedarf, sondern auch zu inhaltlichen Fragen, wie u. a. zur Struktur der Lehrämter, äußern. Die damalige Landesregierung hat 2017 eine Expertenkommission eingesetzt, um Bedarfe zu bestimmen. Liest man das alles und schaut sich die halbherzigen Versuche an, irgendetwas an der Situation zu ändern, dann fällt einem tatsächlich nur das Wort Katastrophe ein. Allerdings werden wir nicht erst hineinschlittern, wir stecken tief drin. Die kommende Landesregierung muss diese Frage ganz oben auf die Agenda setzen und die eigenen Zahlen und Bedarfsplanungen ernst nehmen, wenn man schon denen der GEW nicht traut. Wir brauchen endlich eine Zusammenarbeit zwischen dem Wissen-

schafts-, dem Schulministerium und den Unis, die der Rede wert ist. Und, und das könnte am Ende jeder meiner Antworten stehen, gute Bildung und gute Ausbildung muss ausfinanziert werden.

Hans-Dieter: Viele Leute reden über Bildung. Handwerksmeister beklagen die zu geringe Zahl von Bewerbern, Eltern beklagen den nach wie vor gravierenden Unterrichtsausfall, Kinder aus sozial schwachen Familien fühlen sich immer mehr und sind auch real abgehängt. Schülerinnen und Schüler wie Studierende wollen wieder untereinander Kontakte pflegen. Es gibt Ängste, ob man den Anforderungen in Prüfungen genügen kann. Extreme Positionen sind, ganze Schuljahre verpflichtend zu wiederholen oder Nachhilfe in der Ferienzeit zu geben. Zusätzliche Semester sollen eingeführt oder absolvierte für ungültig erklärt werden.

Dieses Gemenge von Meinungen und sogenannten Vorschlägen führt zu Verunsicherungen und die Bildungsverwaltung, darunter der Wissenschafts- und der Bildungsminister, lassen kein klares Konzept erkennen. Kannst du die Sache etwas systematisieren?

Eva: Ich denke vor allem, dass wir extrem belastende Monate hinter uns haben mit Angst um die eigene Gesundheit und um die der Angehörigen, mit Sorge um die Zukunft und einer Krankheitswelle, die wir alle noch nicht erlebt haben. In einer solchen Zeit braucht man Anker.

Neben der Familie müssen alle Bildungseinrichtungen personell und materiell so ausgestattet sein, dass sie solche Anker sein können, indem sie Verlässlichkeit und vor allem Chancengleichheit bieten. Lehrkräfte können ihren Schülerinnen und Schülern die Angst nehmen, ewig die Corona-Generation zu sein, und die Sicherheit geben, dass die sogenannten „Lernrückstände“ auf jeden Fall im Laufe einer Schullaufbahn aufgeholt werden. Dafür sind sie die Profis, genau wie Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Lehrende an Hochschulen Profis auf ihrem Gebiet sind. Sie handeln professionell, fangen auf, vermitteln, erklären, beraten, trösten. Aber auch sie brauchen selbst gute und verlässliche Arbeitsbedingungen. Das ist vielleicht eine sehr allgemeine Antwort, aber aus meiner Sicht liegt hier der Schlüssel.

Es ist gut, dass über Bildung diskutiert wurde und wird. Es zeigt auf der einen Seite, dass vieles im Argen liegt, aber auch, dass viele Interesse daran haben. Auch mir gefällt nicht jede geäußerte Meinung und manchmal ärgere ich mich sogar richtig darüber. Die Bildungsgewerkschaft GEW kann jedoch zur sachlichen Aufklärung beitragen, mitdiskutieren und somit ihrem Namen gerecht werden.

Hans-Dieter: Wie bewertest du die Entwicklungen des vergangenen Jahres? Was sagt die Bilanz? Wo stehen wir und wo müsste es hingehen? Was kann die GEW dazu beitragen?

Eva: Die GEW hat ihren Gewerkschaftstag unter das Motto „Bildung! Weiterdenken!“ gestellt. Der Slogan gehört zur Kampagne gegen prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und zum Kampf um die gerechte Bezahlung von Grundschullehrkräften. Arbeitszeitfragen, Gleichstellung, Diskriminierungsfreiheit gehören genauso zur Agenda wie Fragen der Finanzierung einer Bildung, die Chancen für alle eröffnet. Wir haben diese grundsätzlichen Fragen auch während der Pandemie nicht aus den Augen verloren. Sie gehören jetzt sicherlich noch mehr in den Mittelpunkt, wenn die Diskussion darüber losbricht, wer die Corona-Ausgaben finanziert. Insofern wird die GEW als meinungsstarke und kämpferische Gewerkschaft gebraucht.

GEW-Studie „Digitalisierung im Schulsystem“:

Trotz Digitalisierungsschub: eklatante Techniklücken

(EuW) Die Digitalisierung in der Schule hat durch die Corona-Pandemie einen Schub bekommen. Trotzdem gibt es weiterhin eklatante Lücken bei der technischen Ausstattung. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte verändert und ist noch einmal gewachsen. Eine der größten Herausforderung stellt zudem die Kluft zwischen digitalen Nachzügler- und digitalen Vorreiter-Schulen dar. Das Lernen mit digitalen Medien und Tools wird an deutschen Schulen extrem ungleich umgesetzt. Es gibt gewaltige Unterschiede bei der digitalen Infrastruktur.

Das sind die Ergebnisse der repräsentativen Studie „Digitalisierung im Schulsystem“, die die GEW am 1. Juni vorgestellt hat.

„WLAN für alle ist bisher häufig Fehlanzeige. Nur 70 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer arbeiten an Schulen, an denen es WLAN für alle Lehrkräfte gibt. Die Hälfte der Schulen hat kein WLAN für die Schülerinnen und Schüler“, sagte Studienleiter Frank Mußmann von der Universität Göttingen. Lediglich 57 Prozent der Lehrkräfte arbeiteten an Schulen, an denen es für den Unterricht genügend digitale Geräte gibt. 58 Prozent



➔ nutzten regelmäßig Lernmanagementsysteme – vor der Pandemie waren dies lediglich 36 Prozent. „Eine Cloud-Anbindung ist jedoch noch nicht selbstverständlich: Ein Viertel der Schulen hat keine Schul-Cloud, nur 40 Prozent arbeiten mit einer schulübergreifenden Bildungs-Cloud“, betonte Mußmann. Bis heute stünden nur in 18 Prozent der Fälle für alle Lehrkräfte digitale Endgeräte der Schule zur Verfügung, für weitere 30 Prozent teilweise. „Deshalb greifen 95 Prozent der Lehrkräfte zur Selbsthilfe und setzen ihre privaten elektronischen Geräte wie Handy, Computer oder Tablet häufiger als vor der Pandemie ein“, sagte der Studienleiter. „Nur in 50 Prozent der Fälle ist eine technische Unterstützung gewährleistet. Das führt zu Zusatzaufgaben, die Lehrkräfte on-top zu den pädagogischen und organisatorischen Aufgaben leisten müssen“, stellte Mußmann fest. Am Ende zeigten sich dann tatsächlich auch Unterschiede bei der pädagogischen Nutzung digitaler Techniken im Unter-



<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/studie-digitalisierung-im-schulsystem-technikluecken-ungleichheiten-belastete-lehrkraefte/>

Liebe Jenny, beste Freundin,

gerade hatte ich beschlossen, endlich wieder in eine bunte Welt vor meinem Fenster einzutauchen, da schob schnaufend und schluchzend mein Neffe sein Fahrrad zu mir und klagte: „Warum hast du mir nicht dieses merkwürdige Teil, diese ... diese komische Bundes-Not-Bremse an mein Rad geschraubt? Mit der wäre ich nicht gestürzt. Ach Tante, tröste mich, ich muss doch üben für die Schulmeisterschaft im Stangenklettern.“ Ich konnte ihn davon überzeugen, dass er seine dreißig Minuten Trainingsausfall gewiss aufholen wird. Danach erzählte ich ihm von der Schülerin Dorn-gänschen, der ein Unfall am Spinnrad hundert Jahre schulfrei bescherte. „So lange?“, stellte mein Neffe verwundert fest, und wir schauten uns besorgt an: „Wie nur konnte das Mädchen so viele Schulstunden nachholen?“

Mein Neffe bekam sein Pflaster, dazu die Gencungshilfe ‚Eisbecher‘. Ich bekam unterwegs seine Frage: „Tantchen, bist du eigentlich geimpft?“ Von hoffnungsfroher Erwartung an die Zukunft erzählte ich ihm und von der geheimnisvollen ‚Enter-Taste‘ des Computers, die viele Wege eröffnet, manchmal auch zu einem Schimpfzentrum oder ins Nirgendwo. Wir beide hingegen enterten ein Café, orderten Schoko und Vanille – selbstverständlich ‚to stay‘ und nicht ‚to go‘. Um uns herum wurde geschleckert und geschlürft, so genüsslich, dass mein lieber kleiner Neffe meinte: „Kaum noch Segel in den Gesichtern. Corona hat sich wohl verzogen?“ Vielleicht ahnte er, ich würde umständlich und langwierig erklären müssen, wo sich versteckt, was nicht zu sehen ist. Jedenfalls erreichten meine Versuche, Weisheiten über das Dings zu verbreiten, die Länge eines zweiten Eisbechers.

Von meinem Stammeln mäßig beeindruckt, hub mein Neffe zu einer eigenen Rede an: „Ich möchte, dass meine Mama nicht mehr so oft in der Klinik arbeiten muss. Ich möchte jetzt Schule und Ferien zugleich. Ich möchte wildes Getümmel erleben und sanftes Radeln auch. Ich möchte alles besitzen und gar nichts. Ich möchte wissen, was ich möchte. Ach, Tante Laura, ich möchte mich häuten wie eine Schlange, damit mich nichts mehr erinnert an dieses blöde Corona-Dings.“

Da saß ich stumm und dumm herum, bis mich der Kleine zurückholte in unsere Zeit mit seiner Bitte, jetzt durch den Park zu spazieren. Liebe Jenny, du weißt von meiner Verehrung für Sokrates. Neben meinem Neffen, der ständig neue Fragen stellte, fühlte ich mich nach Akademos versetzt: Schau, die Krone des Baumes dort ist ein Würfel, wieso? Und gleich dahinter eine Buchsbaumkugel ... sieht so vielleicht das Corona-Dings aus? Tante, sag was. Warum kann der Wasserläufer übers Wasser laufen? Und das Gewimmel der Ameisen? Die sind dabei, den kürzesten Weg von ihrem Bau zu den Rosen im Beet vor uns zu finden. Ich war so dankbar, dass er von mir nicht verlangte, ihm die Zahlenfolge 35, 50, 100, 150, 165, 200 zu erläutern – die ist nicht von Fibonacci, hätte ich lediglich anmerken können; diese Zahlen sind Symbol für Hilflosigkeit und Unsicherheit, sie zeugen davon, dass die Großen wie die Kleinen unendlich viel zu lernen haben. Damit hatte ich den kleinen Sokrates an meiner Seite zu erneutem Widerspruch angestachelt: „Was denn, ihr Großen könnt auch noch was lernen?“

Liebe Jenny, was sagst du dazu? Ich werde meinen Neffen wohl bitten, mir demnächst zu zeigen, wie Stangenklettern geht.

Aber es ist klar: Wir werden in den lieben Kleinen – die nicht zur Wahl gehen dürfen – zu spiegeln haben, was nunmehr geschehen muss. Wir werden mit viel Phantasie über Schule und Hochschule nachdenken müssen ... wieso werden? Wir sind hoffentlich dabei, schließlich war länger als ein Jahr nicht alles abgesagt: Weder Freundlichkeit noch Respekt, ebenso Klugheit nicht und Weitsicht schon gar nicht. Außerdem durfte Dylans Song über die Erinnerung an ein „Masterpiece“ hinter allen Masken gesummt werden.

Jenny, ich setze mich ans Wasser und bitte dich: komm her.

Mit einem Distanzküsschen grüßt dich deine Laura

richt und den Chancen der Schülerinnen und Schüler, elementare digitale Kompetenzen zu erwerben. „Es ist nicht gut für eine Demokratie, wenn nur 34 Prozent der Schülerinnen und Schüler in digitalen Nachzügler-Schulen lernen, wie sie prüfen können, ob sie sich auf Informationen im Internet verlassen können“, betonte Mußmann.

Die Corona-Krise habe zu erheblichen Zusatzbelastungen der Lehrkräfte geführt. „Neun von zehn Lehrkräften haben einen höheren Arbeitsaufwand durch Fernunterricht. Knapp zwei Drittel der Lehrkräfte benennen den Wechselunterricht als Grund für eine stärkere Arbeitsbelastung“, betonte Mußmann. Zudem sei die Arbeitsbelastung dadurch gestiegen, dass analoge in digitale Materialien überführt wurden, die digitalen Kompetenzen und die Ausstattung der Schülerinnen und Schülern sehr unterschiedlich sind sowie mehr Kommunikation notwendig ist. „Die Dynamik der Corona-Pandemie und die Digitalisierung verstärken die angespannte Arbeitssituation an den Schulen und die ohnehin schon bekannten hohen Belastungen und Entgrenzungserfahrungen der Lehrkräfte“, hob Mußmann hervor. Dennoch hätten Lehrkräfte und Schulen mit bemerkenswertem Engagement pragmatische Lösungen gefunden, um digitale Medien und Technik einzusetzen, sowie digitale Lehr- und Lernkonzepte entwickelt und umgesetzt.

„Die Lehrkräfte müssen sich auf die pädagogischen Aufgaben konzentrieren können“, mahnte Ilka Hoffmann – bis zum Gewerkschaftstag für diesen Bereich zuständig. „Wir brauchen endlich mehr IT-Fachleute für den technischen Support, die Gelder für die Einstellung etwa von Systemadministratoren stehen bereit. Diese Mittel müssen endlich abgerufen und verstetigt werden. Digitale Werkzeuge sollen die Lehrkräfte pädagogisch unterstützen – und nicht zu einer Dauerbaustelle werden.“

Ansgar Klinger, ebenfalls bis zum Gewerkschaftstag GEW-Vorstandsmitglied und zuständig für Berufliche Bildung und Weiterbildung, unterstrich: „Die Bildungsgewerkschaft fordert schon lange eine bessere digitale Infrastruktur an den Schulen. Die eklatanten Lücken in der digitalen Ausstattung und die Mehrfachbelastung in der Pandemie führen zu einer nicht zu verantwortenden Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an Schulen und einer zunehmenden digitalen Kluft. Diese Entwicklung müssen wir stoppen und nachhaltig umkehren, damit Schulen sowie Schülerinnen und Schüler nicht weiter abgehängt werden.“

Ansatzpunkte für eine zeitgemäße Schulentwicklung:

Die Utopien von Schule sind andere als vor der Pandemie

In der Theorie ist Schulentwicklung eine Professionalisierungsbemühung, die sich in einem nie endenden Lernprozess der Einzelschule vor Ort ausdrückt. In der Praxis ist Schulentwicklung alles und nichts, einerseits omnipräsent und andererseits ausgesprochen schwer greifbar. Und: Vielen Kolleg*innen ist sie ein Dorn im Auge. Assoziiert werden lange und bisweilen ergebnisarme Konferenzen oder Arbeitskreise, deren Bemühungen dann doch im Sand verlaufen – initiiert, weil eine Evaluation ansteht oder die vorgesetzte Dienstbehörde verschriftlichte Ziele sehen möchte. Diese Art der Schulentwicklung fußt auf der Annahme, dass Entwicklungsprozesse nur aus dem gemeinsamen Bearbeiten bestimmter Themen entstehen, zu bestimmten Zeiten mit einem speziellen Rahmen, z. B. bei einer pädagogischen Konferenz. Bei manchen Themen mag dieser Ansatz aufgehen, bei anderen führt er zu Ermüdungserscheinungen. Im Ergebnis gelingt es vielen Schulen noch immer nicht, Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel zu finden. Sie sind zu langsam, entwickeln sich träge und wirken auf eine akademisch-pessimistische Art innovationsfeindlich.

Hat die Corona-Pandemie etwas an dieser Arbeitsweise geändert? In Ansätzen hat die Krise diese Muster durchbrochen und gezwungenmaßen durch breitere und dynamischere Suchbewegungen des Improvisierens ersetzt. Sollte sich das Infektionsgeschehen aber durch die hoffnungsvolle Mischung aus Frühling/Sommer und Impfstoff beruhigen, befürchte ich, dass viele Schulen wieder in die üblichen Fahrwasser zurückkehren – schon allein deshalb, weil sich an der grundsätzlichen Organisationsstruktur von Schule nichts geändert hat.

Das Problem in diesem Muster besteht darin, dass wieder ein Tempo von allen Beschäftigten einer Institution gefunden werden soll und dieses Tempo sich im Kompromiss zwischen Notwendigem und Vermeidbarem einpendeln wird. Das führt zwangsläufig zu Unzufriedenheit in Teilen des Kollegiums, weil es den einen zu wenig vorwärts geht und den anderen irgendwie immer zu viel ist. Aus diesem Grund meine ich, dass Schulentwicklungsbemühungen nach der Krise weniger Gleichschritt benötigen, dafür aber mehr Differenzierung und Möglichkeiten der individuellen Entfaltung.

Eine Schulentwicklung der verschiedenen Geschwindigkeiten

Diese These fußt auf folgender Beobachtung: Aufgrund der Schulschließungen entwickelten sich Stile, Methoden und Gestaltungsmittel von Unterrichtenden immer weiter auseinander. Ein einheitliches Vorgehen ist in den letzten Monaten kaum zu erkennen gewesen, insofern es das auf der Ebene des Unterrichts je gegeben hat. Und mehr noch als Schulklassen sind Kollegien äußerst heterogen und ihre Einzelpersonen wurden und werden immer unterschiedlicher sozialisiert. Meiner Einschätzung nach wird diese Ausdifferenzierung zwischen den Schulen, zwischen den Generationen und zwischen den Klassenzimmern weiter zunehmen. Moderne Schulentwicklung muss diese Prozesse zulassen, anerkennen und sie gleichzeitig als Motor begreifen. Die Antwort besteht in einer solidarischen Schulentwicklung der verschiedenen Geschwindigkeiten. Doch wie kann diese aussehen?

Zunächst einmal muss betont werden, dass einer systematischen Schulentwicklung Arbeitsabläufe zugrunde liegen müssen, die mehr als nur Krisenbewältigung darstellen. Weder im ersten Shutdown des letzten Jahres noch in den Monaten zu Beginn des neuen Jahres konnte von Schulen erwartet werden, Qualitätsentwicklung auf der Prioritätenliste nach oben zu setzen. In dieser Zeit ging es um die Aufrechterhaltung der Grundversorgung und um Organisationsfragen eines neuen Schulalltags auf Distanz. Durch ständig wechselnde Bestimmungen und reichlich spät eintreffende Informationsschreiben der Kultusministerien standen die Zeichen auf Überleben. Die folgenden Überlegungen richten sich daher an die Zeit, in der sich der schulische Präsenztage wieder normalisiert haben wird und Schulentwicklungsprozesse vor dem Hintergrund der Pandemie-Erfahrungen reaktiviert werden können – allerdings mit neuer Ausrichtung, anderen Ansätzen, Formaten und Inhalten.

Ein einfaches „back to normal“ wird es nicht geben

Diesen neuen Inhalten liegt die Erfahrung zugrunde, dass Schule auch orts- und zeitunabhängig gedacht und organisiert werden kann. Die Rezepte, die im Fern- und Hybridunterricht zu erfolgreichen Lernprozessen geführt haben, können nun teilweise oder ganz in den Präsenztage übersetzt werden. Lehrkräfte, die etwa gelernt haben, ihren Unterricht digital abzubilden, werden diese Routine auch nach der Krise beibehalten, ebenso wie die Kommunikation per Chat und Video vielerorts nicht mehr wegzudenken ist. Das Gleiche gilt für Konferenzen: Zukünftig wird derjenige in der Rechtfertigungspflicht stehen, der ausschließlich auf Präsenz-Meetings setzen möchte. Und zu guter Letzt hat sich die Art und Weise, wie wir uns dezentral fortbilden (z. B. bei E-Sessions), digital zusammenarbeiten (z. B. mit kollaborativen Online-Whiteboards) und interdisziplinär vernetzen (z. B. bei Twitter), massiv verändert. Ein einfaches „back to normal“ wird es in diesen Bereichen nicht geben. Die Utopien von Schule sind andere als noch vor der Pandemie.

Für Schulentwicklungsprozesse bedeutet das, dass frühere Anliegen angepasst und um neue Aspekte erweitert werden müssen. Anschließend gilt es, neue Ziele und Maßnahmen zu formulieren und diese in den eigenen Entwicklungskreislauf zu übersetzen. Kollegien brauchen dazu eine aktualisierte Vision von Schule und Unterricht, in der beschrieben wird, wie Lernen grundsätzlich organisiert sein sollte, damit junge Menschen auf ein Leben in dieser digitalen und krisenhaften Welt vorbereitet werden. Der dynamische Entwicklungsprozess hin zu dieser Vision wird dann zum eigentlichen Ziel von Schulentwicklung. Eine gute Schule – das hat sich während der Corona-Krise gezeigt – ist eine lernende Schule, die anpassungs- und widerstandsfähig „mit der Zeit geht“. Sie generiert, reflektiert und verteidigt optimale Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler*innen, für Lehrende und für Eltern. So gut es eben möglich ist.

Die Entwicklungskreisläufe laufen nebeneinander – wie Zahnräder in einem Uhrwerk

Erfolgreiche Schulen werden derartige Visionen formulieren oder haben es bereits getan. Sie werden sich darum bemühen, die immensen Fortschritte im Bereich des digitalen Arbeitens zu nutzen, indem sie das Beste aus beiden Welten (digital/analog und Distanz/Präsenz) in Szenarien des hybriden Unterrichtens in die Präsenztage integrieren. Diese Aufgabe dürfte für die meisten Schulen weder von Einzelpersonen (z. B. der Schulleitung) noch mit allen gleichzeitig zu erfüllen sein. Vielmehr wird es mehrere Entwicklungskreisläufe geben (müssen), die nebeneinander in Bewegung sind und wie Zahnräder in einem Uhrwerk in Wechselwirkung zueinanderstehen. Das Tempo dieser Bewegungen kann unterschiedlich sein, je nach Zusammensetzung und Dringlichkeit einzelner Arbeitsgruppen und Themen. Aus dem Nebeneinander der guten Ideen könnte eine Kultur des voneinander Lernens erwachsen. Das gilt auch im Verhältnis zur Nachbarschule, zum Schulverbund oder zu weiteren Schulen innerhalb einer Kommune. Es gilt, Synergien durch gemeinsames Reflektieren oder den digital organisierten Austausch von Material bestmöglich zu nutzen und sich zu vernetzen.

Der solidarische Wettbewerb der guten Ideen

Die Akteur*innen stehen dabei in einem solidarischen Wettbewerb der guten Ideen, bei dem es nicht um ein einzelnes „besser sein“, sondern um gemeinsame und befriedigende Antworten auf die täglichen Herausforderungen in der Schule gehen sollte. Schulleitungen müssen Rahmenbedingungen schaffen, die individuelles und kollektives Lernen ermöglichen, und die Ergebnisse strukturiert und regelmäßig zusammenführen. Dazu braucht es festgelegte Zeiten für kollegialen Austausch, Räume zum begleiteten Ausprobieren, systematische Fortbildungsbemühungen und definierte Beratungsformen. Schulleitungen müssen dabei achtsam zwischen Themen trennen, die eine straffe gemeinsame Abstimmung erfordern (z. B. bei Aspekten der Dienstpflicht, Organisationsfragen, Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit und der Außenwirkung) oder die durch individuelles Ausprobieren bearbeitet werden (z. B. Gestaltung des eigenen Unterrichts, Organisation und



➔ Ausgestaltung von kollegialer Zusammenarbeit). Ersteres braucht einen klaren gemeinsamen Rahmen. Letzteres benötigt eine Kultur der flachen Hierarchien, des Ausprobierens, des Ermutigens und des Fehlermachens.

Schulleitungen müssen die Rahmenbedingungen schaffen

Schulleiter*innen kommt damit eine komplexe und multidimensionale Rolle zu: Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes herausragende Moderator*innen des schuleigenen Entwicklungsprozesses und gleichzeitig integrierter Teil derselben Entwicklung. Sie sind es, die kollegiale Unterstützungsstrukturen aufbauen müssen, um „langsamere“ Kolleg*innen nicht abzuhängen und um der digitalen und methodischen Spaltung entgegenzuwirken – z. B. durch Angebote des gemeinsamen Unterrichtens, niederschwellige Fortbildungen oder feste Ansprechpartner für die Potentiale der Digitalisierung. Gerade der durch Corona beschleunigte digitale Wandel von Schule und Unterricht, mit dem ein zuweilen schmerzhafter Verlust des Alten einhergeht, muss offen, wertschätzend und wertfrei bearbeitet werden. Kollegialität, Empathie und Solidarität dürfen dabei nicht aus den Augen geraten. Das Zusammenhalten im eigenen Team ist ebenso eine Aufgabe von Schulentwicklung wie das ständige und ausdifferenzierte Erneuern der eigenen Arbeit.

Was lernen wir aus der Krise?

Viele der schulischen Akteur*innen haben trotz massiver Belastung im Fern- und Hybridunterricht immens viel dazugelernt und innovative Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesse angestoßen. Für die kommenden Monate und Jahre gilt es, diese Erfahrungen zu sammeln, auszuwerten und die Ergebnisse in die Zeit nach Corona zu überführen. Mit den Worten meiner Kollegin Cornelia Stenschke geht es jetzt um die „Verstetigung des Guten“, wenn wieder mehr Ruhe im Schulsystem eingekehrt sein wird. Dieser Prozess braucht Planung und eine Portion Widerstandskraft, um nicht in einem didaktischen Rollback in die Komfortzone des (vereinzelt und meist analogen) traditionellen Präsenzunterrichts zurückzufallen. Linear gedachte Schulentwicklungsbemühungen dürften an dieser Aufgabe scheitern. Eine strukturierte und zielführend moderierte Schulentwicklungsdebatte, in der die verschiedenen Geschwindigkeiten in den Mittelpunkt gestellt werden, hätte möglicherweise eine Chance. Zumindest dann, wenn sie als gemeinsame Aufgabe begriffen wird.

Trotz neuer Visionen hat sich am Appell an die Bildungspolitik wenig geändert

Unabhängig von all diesen Überlegungen muss jedoch auch nach einem Jahr Pandemie festgestellt werden, dass sich an den defizitären Rahmenbedingungen von Schule und Schulentwicklung wenig geändert hat. Es fehlt weiterhin an Personal und das Pflichtstundendeputat ist ebenso wie die Arbeitsbelastung in großen und schwierigen Lerngruppen zu hoch – auch wenn diese Aspekte im (anders auslaugenden) Fernunterricht vorübergehend etwas in den Hintergrund geraten sind. Hinzu kommt, dass Schulleitungen mit immer mehr und immer komplexeren Aufgaben betraut werden, sodass die reine Bewältigung des Alltags viele, häufig auch alle Ressourcen bindet (siehe Brandbrief des Bayerischen Schulleitungsverbands). Für die Moderation von Schulentwicklungsprozessen fehlt es dann an Kraft, Zeit und manchmal auch an Motivation. Demzufolge bleibt die dringende Forderung nach Entlastung für Lehrer*innen und Schulleitungen weiterhin aktuell. Eine zeitgemäße Schulentwicklung, die nicht bloß „nebenbei“ oder „für die Schublade“ bearbeitet wird, braucht ausgeruhte Kollegien und gestärkte Schulleitungen (siehe auch „Entfesselt die Schulleitungen“ und „Ich glaube, dass wir mutig sein müssen“).

Joscha Falck
Lehrer und Schulentwicklungsmoderator in Mittelfranken;
Kreisvorsitzender der GEW Roth-Schwabach-Hilpoltstein und bayerischer Vertreter im GEW-Bundesforum
„Bildung in der digitalen Welt“; www.joschafalck.de

Gewerkschaftliche Zeitpolitik: Feministisch, was sonst?!

Beim Thema Home-Office macht Lehrkräften so schnell niemand etwas vor. Weit länger als es den Begriff gibt, realisieren sie die Vor- und Nachbereitung ihres Unterrichts, das Schreiben der Zeugnisse oder Gutachten und viele weitere Arbeiten am heimischen Schreibtisch. Wie andere auch erledigenden sie Sorgetätigkeiten, Care-Arbeit in Familie, Haushalt, Freundeskreis, von der Erziehung der Kinder über Hausaufgabenbetreuung bis zur Pflege von Eltern oder anderen Angehörigen. Wer zuhause arbeitet, das zeigen Studien, bringt mehr Zeit für Care-Arbeit auf, als wer außer Haus tätig ist. Was auch bekannt ist: Frauen verbringen statistisch mehr als vier Stunden pro Tag mit unbezahlter Sorgearbeit, Männer weniger als drei. So wie es einen „Gender Pay Gap“ zwischen Frauen und Männern gibt, gibt es einen „Gender Care Gap“. Zu beiden passt, dass Frauen weit häufiger in Teilzeit arbeiten, bei großen Unterschieden zwischen Ost und West. In den älteren Ländern ist rund jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt, in den jüngeren nur jede dritte.

Zugleich ist vieles in Bewegung hinsichtlich der Geschlechterverständnisse und Rollenbilder. Althergebrachte Vorstellungen von Geschlecht und Arbeit und dem Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Erziehungs- oder Care-Arbeit haben sich verändert. Auch in bundesweiten Care-Bündnissen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen und in Veranstaltungen der GEW wird der Ruf lauter, außer der Erwerbsarbeitszeit auch die Sorgearbeit in den Blick zu nehmen.

Die GEW bearbeitet das Verhältnis von Erwerbsarbeitszeit zu Sorgearbeit, zu Lebenszeit und Lebensqualität seit vielen Jahren. Beim Gewerkschaftstag 2017 wurde der Beschluss „Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten“ gefasst. Nun liegt ein Diskussionspapier vor, das Care-Arbeit zum Schlüsselement gewerkschaftlicher Zeitpolitik erhebt. Sein Titel: „Feministische Zeitpolitik. Zeit zu leben, Zeit zu arbeiten. Zeit, die unbezahlte und die bezahlte Sorgearbeit in den Blick zu nehmen“. Im Mai hat der Hauptvorstand es verabschiedet und damit eine Grundlage für weitere breite Debatten in der GEW und außerhalb beschrieben.

Wichtig ist: „Feministisch“ bedeutet nicht, dass die Debatte von Frauen für Frauen vorangebracht werden soll. Das Thema geht die ganze GEW an. Worum es geht, ist ein Verhältnis von Erwerbs- und Care-Arbeit zu entwickeln, das geschlechtlich bedingte Rollenzuschreibungen abbaut, dass das Muster: „Er in Vollzeit, sie in Teilzeit und im Haushalt“ aufbricht. Auch deshalb die Forderung nach einer 32-Stunden-Woche für alle, damit Menschen frei von Stereotypen arbeiten, leben und sich entfalten können. Das Leitbild einer 32-Stunden-Woche für alle lädt dazu ein, sich die Veränderungen im Familienalltag und am Arbeitsplatz vorzustellen.

Der aktualisierte Blickwinkel unserer gewerkschaftlichen Zeitpolitik fußt geradezu auf einer Umkehrung des bisherigen Fokus auf Arbeitszeit. Am Anfang jeder Betrachtung soll die Lebensqualität stehen und die damit verbundene Zeit für das Miteinander. Von dieser ausgehend, und unter Betrachtung der gewünschten oder benötigten Zeit für Care-Arbeit, berechnet sich schließlich die Arbeitszeit.

Diesem Grundgedanken muss eine künftige Arbeitszeitpolitik gerecht werden. Wer eine 32-Stunden-Woche für alle für die Utopie einer Bildungsgewerkschaft mit überwiegender weiblichen Mitgliedern hält, sei gesagt: Umfragen unserer Schwestergewerkschaften IG Metall und ver.di sowie Arbeitszeitstudien der Hans-Böckler-Stiftung gehen in dieselbe Richtung.

Bis es soweit ist, stärken wir das innergewerkschaftliche Gespräch und bringen Mitglieder aller Bildungsberufe und Geschlechter in den Diskurs: Welchen Wandel braucht es innerhalb der GEW (und anderen Gewerkschaften), damit Care- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt zwischen Männern und Frauen verteilt werden? Denn: Nur wenn wir erfolgreich den Blick auf die eigene Arbeit im Kontext eines anstehenden Wandels richten, wird auch der gesellschaftliche Transformationsprozess mit Blick auf bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit gelingen. Für eine solidarische Gesellschaft von morgen!

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied für Frauenpolitik

Initiative „Sprecherziehung im Lehramt“ informiert:

Stimmbelastung beim Sprechen mit Mund-Nasen-Schutz

Die „Initiative ‚Sprecherziehung im Lehramt‘, Projektgruppe des Mitteldeutschen Verbandes für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung e. V.“, wandte sich mit folgendem Positionspapier, das die Stimmbelastung und den Gesundheitsschutz von Lehrkräften thematisiert, an die GEW Sachsen-Anhalt.

Die Redaktion

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen in der GEW, wir wenden uns in Sorge um die aktuell deutlich gestiegene stimmliche Belastung von Lehrer*innen an Sie. Vorausschicken möchten wir, dass wir das Tragen eines medizinischen Mundschutzes im schulischen Kontext unter den gegebenen Bedingungen selbstverständlich als unabdingbar erachten. Wir sind uns bewusst, dass die Hygieneregeln Angehörige vieler Berufsgruppen vor Herausforderungen stellen und sie deutlich belasten. Lehrer*innen und Schüler*innen bilden da keine Ausnahme.

Die Besonderheit bei Lehrkräften besteht jedoch darin, dass ihre Stimmen ohnehin einer außergewöhnlichen Belastung unterliegen, sprechen sie doch über viele Jahre täglich mehrere Stunden – oft im Kraftstimmbereich – unter häufig ungünstigen akustischen Bedingungen (Raumverhält-

nisse, Lärmbelastung) und permanenter psychischer Belastung (hohes Konfliktpotential). Unterstützt durch Aussagen führender Phoniater (wie Prof. Dr. Tadeus Nawka, Charité Berlin), möchten wir auf folgende Aspekte hinweisen:

- die Maske erhöht den Atemwiderstand, der verlangsamte Einatemstrom führt zu geringerem Atemvolumen, es steht weniger Luft für das Sprechen zur Verfügung, was als Kurzatmigkeit wahrgenommen wird;
- die Maske dämpft den Schall, als Kompensation wird intuitiv lauter gesprochen, was zu einer Mehrbelastung des Kehlkopfs führt;
- die Bänder der Maske ziehen die Ohren nach vorn, die daraus resultierende reflektorische Anspannung der Muskulatur wird als Stress wahrgenommen und kann zu Kopfschmerzen führen;
- das Mundbild kann nicht mit dem gesprochenen Wort verbunden werden, Verstehen wird zusätzlich erschwert.

Uns erreichten verschiedene Anfragen und Nachrichten, die auf kontraproduktive Regelungen in einzelnen Schulen hinweisen. Daher bitten wir Sie, unsere Hinweise sowie die folgenden Vorschläge an Ihre Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst sowie an Direktor*innen weiterzugeben. Die Empfehlungen können dazu beitragen,

Bedingungen sowohl für Schüler*innen als auch für Lehrer*innen zu optimieren:

- wenn möglich OP-Masken tragen (sie bieten bei richtiger Anwendung einen besseren Schutz als eine z. B. schief getragene, geschlitzte oder gelüftete FFP2-Maske);
- langsamer und präzise sprechen;
- das Verstehen durch sinnunterstützende Sprechgestaltung fördern, z. B. Stimmklang, Lautheit, Tempo, Melodie variieren;
- unterstützende Gestik einsetzen, um eine möglichst große Präsenz zu erreichen;
- zwischen den Sprechabschnitten Atempausen einlegen, länger und damit mehr Luft einatmen;
- Spannung der Maske korrekt regulieren (etwa durch einen zusätzlichen Steg hinter dem Kopf);
- auch im Unterricht ausreichend trinken;
- Sprechzeiten reduzieren, häufiger lüften, dabei ohne Maske tief atmen;
- sehr wichtig: vor Unterrichtsbeginn die Stimme erwärmen.

Seien Sie versichert, wir sind uns der vielschichtigen Herausforderungen, denen Schule derzeit ausgesetzt ist, sehr bewusst. Wir erinnern jedoch: Lehren heißt Sprechen, ohne Stimme ist Sprechen nicht möglich.

Beamt*innen mit mindestens drei Kindern:

Update zur amtsangemessenen Alimentation

Ende 2020 hatten wir Beamtinnen und Beamte in unserer Mitgliedschaft, die mindestens drei Kinder haben, dazu aufgerufen, gegen ihre Besoldung Widerspruch einzulegen. Hintergrund dafür waren zwei Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 4. Mai 2020 (2 BvL 6/17 u. a. und 2 BvL 4/18) und die daraufhin im November veröffentlichten Informationen des Finanzministeriums Sachsen-Anhalt. In seinen Beschlüssen hat das Bundesverfassungsgericht die verfassungsrechtlichen Maßstäbe für die Ermittlung und Berechnung einer amtsangemessenen Alimentation fortgeschrieben. Hierbei geht es insbesondere um die weitere Konkretisierung des Mindestabstands der verfassungsrechtlich geschuldeten amtsangemessenen Alimentation der niedrigsten Besoldungsgruppe zum Grundsicherungsniveau.

Bei den Entscheidungen ging es damals um Sachverhalte aus Berlin und Nordrhein-Westfalen. Dort sind die Gesetzgeber nun verpflichtet, die Beschlüsse bis zum 1. bzw. 31. Juli 2021 umzusetzen. Aber auch alle anderen Landesgesetzgeber sind dadurch in der Situation, ihre Besoldungsgesetze zu überprüfen.

Als einer der ersten hat nun der Bundesgesetzgeber sich zum Umgang mit den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts für die Besoldung der Bundesbeamten*innen öffentlich geäußert. Denn auch der Bun-

desgesetzgeber muss aufgrund seiner Verpflichtung zur Gewährung einer verfassungskonformen Besoldung (Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz) die Besoldung seiner Beamt*innen an den neu justierten Maßstäben ausrichten. Fristgerecht ist es ihm jedoch nicht gelungen. So hat das Bundesministerium des Innern am 14. Juni 2021 darüber wie folgt informiert: „Ein Modell zur Umsetzung der Beschlüsse des BVerfG vom 4. Mai 2020 war im Ressortkreis jedoch nicht zu finalisieren (vgl. BT-Drs. 19/28677, S. 42). Daher kann die bundesbesoldungsgesetzliche Umsetzung dieser Beschlüsse nicht innerhalb der den betroffenen Ländern vom BVerfG gesetzten Fristen (01. bzw. 31. Juli 2021) erfolgen, sondern muss einer neuen Gesetzesinitiative der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode vorbehalten bleiben.“

Darüber hinaus hat er eine Verfahrensweise für den Umgang mit Widersprüchen in Bezug auf die Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation empfohlen (Quelle: ebenda):

- a. Für Widersprüche ab dem Jahr 2017 wird auf die Einrede der Verjährung verzichtet.
- b. Ab dem Jahr 2021 wird zusätzlich auf das Erfordernis der haushaltsjahnahen Geltendmachung von Ansprüchen verzichtet. Demzufolge sind Widersprüche von Beamt*innen mit mindestens drei

Kindern gegen die Höhe der Besoldung ab 2021 nicht mehr erforderlich.

Die letzte Information für Sachsen-Anhalt haben wir Ende November 2020 vom zuständigen Finanzministerium erhalten. Darin hieß es, dass die Beamtinnen und Beamten, die einen Familienzuschlag für drei oder mehr Kinder erhalten oder erhalten haben, weiterhin einen Widerspruch gegen die Besoldung einlegen müssen. Wir haben unsere Mitglieder darüber informiert.

Seitdem ist wieder ein halbes Jahr vergangen und es gibt bisher noch keine Änderung des Besoldungsgesetzes, die den Anforderungen entspricht.

Wir haben uns nun nach den Informationen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) an das Finanzministerium des Landes gewandt und um den Stand der Bearbeitung gebeten. Gleichzeitig haben wir dazu aufgefordert, dass man die Verfahrensweise des BMI übernimmt und auf die Einrede der Verjährung und das Erfordernis der haushaltsjahnahen Geltendmachung verzichtet, damit nicht jährlich ein neuer Widerspruch einlegt werden muss.

Wir hoffen auf eine zeitnahe Rückmeldung und werden euch dann wieder informieren.

Peggy Osadolor,
Gewerkschaftssekretärin
für Tarif- und Beamtenpolitik

Sprachliche Bindungswirkung im Verwaltungsrecht: „Soll“ heißt eigentlich „muss“

„Das ist doch nur eine Kann-Bestimmung...“ – mit diesem Satz wird häufig eine Nachfrage zu Freistellungen für gewerkschaftliche Zwecke oder einem unterrichtsfreien Tag bei Teilzeit abgebügelt und damit angedeutet, dass die Auslegung solcher Regelungen vollkommen in der Hand des Dienstherrn oder Dienstvorgesetzten liegt. Das ist jedoch keinesfalls so. Die Begriffe „muss“, „soll“ und „kann“ sind in Verwaltungsvorschriften anders geregelt als die naive Auslegung im umgangssprachlichen Gebrauch und beschreibt hier den Ermessensspielraum des Entscheidungsträgers.

Die eindeutigste Bindungswirkung entfaltet die **Muss-Vorschrift**. Hier hat der Dienstherr bei der Auslegung keinen Spielraum. Muss wird auch oft umschrieben mit „...ist zu ...“ oder der Befehlsform. Beispiel: Lehrerinnen und Lehrer nehmen ihren Urlaub in den Ferien (§ 2 Urlaubsverordnung Sachsen-Anhalt, § 44 TV-L). Aufgrund des fehlenden Ermessensspielraums ist diese Regelung relativ selten anzutreffen.

Bei einer **Soll-Vorschrift** wird es schon schwieriger. Sowohl von der Vorgesetzten- als auch der Beschäftigten-Seite wird es oftmals nur als ein Vorschlag gesehen, der gerne befolgt wird, wenn es denn nicht zu viele Umstände macht. Besondere Anstrengungen braucht man zur Erfüllung einer Soll-Vorschrift nicht zu leisten. Diese Auffassung ist jedoch falsch. Tatsächlich haben Dienstherrn, Vorgesetzte oder Betroffene hier nur einen sehr geringen Spielraum. „Soll“ heißt eigentlich „muss“, außer in atypischen Fällen. Eine weitere vereinfachte Interpretation lautet: „Soll“ ist dichter am „muss“ als am „kann“. „Soll“ wird oft auch mit „in der Regel“ umschrieben.

Beispiel 1: Klassenarbeiten sollen nach drei Wochen zurückgegeben werden. Eigentlich also „muss“, ein atypischer Fall ist ein nicht vorhersehbares Ereignis wie z. B. eine einwöchige unvorhersehbare Krankheit, die eine verspätete Rückgabe rechtfertigen würde (Leistungsbewertungserlass).

Beispiel 2: Bei Reduzierung der Regelstundenzahl um ein Fünftel oder mehr ist in der Regel ein unterrichtsfreier Tag zu gewähren. Auch hier handelt es sich um ein Muss, ein atypischer Fall wäre z. B. eine fünftägige Klassenfahrt, in der dann „ausnahmsweise“ davon abgesehen werden kann (Erlass „Arbeitsbedingungen für Teilzeit beschäftigte Lehrkräfte“).

Auch die **Kann-Vorschrift** ist nicht so einfach auszulegen, wie es scheint. Es entfaltet für Vorgesetzte oder Beschäftigte zwar den größten Ermessensspielraum, bedeutet aber keinesfalls freie Wahlmöglichkeit oder Willkür. Auch eine Entscheidung über eine Kann-Bestimmung muss immer sachlich gerechtfertigt sein.

Beispiel: Urlaubsverordnung Sachsen-Anhalt, § 14: Für die Teilnahme an Sitzungen eines überörtlichen Gewerkschafts- oder Berufsverbandsvorstandes „soll Sonderurlaub mit Besoldung bis zu fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr bewilligt werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. In besonders begründeten Fällen kann Sonderurlaub mit Besoldung bis zu zehn Ar-

beitstage im Urlaubsjahr bewilligt werden“. Hier sind gleich beide Begriffe vertreten. Das bedeutet also: Wer als Gewerkschaftsvertreter*in zu überörtlichen Veranstaltungen während der Dienstzeit delegiert ist, ist in der Regel auch bis zu fünf Tage im Jahr dafür freizustellen, der Ermessensspielraum für eine Ablehnung ist sehr klein. Wer die zehn Tage in Anspruch nehmen möchte, muss dafür allerdings gute Gründe haben, z. B. besondere Funktionen innerhalb des Landesverbandes einer Gewerkschaft. Ihr bekommt bei berechtigten Forderungen eine Ablehnung mit der Antwort „Das haben wir aber schon immer so gemacht und niemand hat das bemängelt“? Nun, wer zehnmal ohne Konsequenzen mit 80 km/h durch eine Ortschaft gefahren ist, kann nicht davon ausgehen, dass sein Verhalten damit für die Zukunft legitimiert wurde und es auch weiterhin keine Konsequenzen geben wird!

Natürlich ist die Anwendung dieser Regelungen oftmals knifflig, aber z. B. bei Teilzeit aufgrund des Vorhandenseins kleiner Kinder aber dringend notwendig. Hier schafft häufig eine erste juristische Beratung schon Abhilfe. Für GEW-Mitglieder ist diese natürlich im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Übrigens bietet die GEW Sachsen-Anhalt für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst einen besonders günstigen Beitragstarif.

Malte Gerken,
Vorstandsbereich Berufs-
bildende Schulen

Zweifel an BAföG-Berechnung: GEW rät Studierenden zu Widerspruch

Am 20. Mai, einen Tag vor der Live-Konferenz der GEW zur Bundestagswahl „Wissenschaftspolitik auf dem Prüfstand“, hat das Bundesverwaltungsgericht Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Feststellung der Bedarfssätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) angemeldet – und damit die Politikerinnen und Politiker der Großen Koalition unter Druck gesetzt.

„Schallende Ohrfeige“

Der stellvertretende Vorsitzende und für Hochschulpolitik zuständige Experte der GEW, Andreas Keller, sieht in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts eine „schallende Ohrfeige“ für die Hochschulpolitik der Bundesregierung, die jetzt schnell reagieren müsse. Eine umfassende BAföG-Reform gehöre daher in das 100-Tage-Programm der neuen Regierungskoalition. Seit seinem Inkrafttreten vor 50 Jahren wurde die Ausbildungsförderung regelrecht heruntergewirtschaftet. Wurden 1971 noch 45 Prozent aller Studierenden mit einem Vollzuschuss gefördert, sind es heute nur noch elf Prozent – und die Hälfte der Förderung muss später zurückgezahlt werden. Nach Überzeugung des Leipziger Bundes-

gerichts ist die Festlegung des BAföG-Bedarfssatzes nicht mit dem „verfassungsrechtlichen Teilhaberecht auf gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Ausbildungsangeboten“ vereinbar, heißt in der Pressemitteilung. Eine schriftliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor. Da das Bundesverwaltungsgericht selbst Gesetze nicht für verfassungswidrig erklären darf, hat es eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht beschossen. Das letzte Wort haben jetzt die obersten Richterinnen und Richter in Karlsruhe.

Musterschreiben für Widerspruch

Ihren studentischen Mitgliedern empfiehlt die GEW, jetzt Widerspruch gegen ihren letzten BAföG-Bewilligungsbescheid einzulegen. Auf diese Weise können Ansprüche auf BAföG-Nachzahlungen für den Fall gesichert werden, dass das Bundesverfassungsgericht der Argumentation des Bundesverwaltungsgerichts folgt und das Gesetz in seiner jetzigen Fassung kippt. GEW-Mitglieder können ein Musterschreiben für einen Widerspruch an die zuständige BAföG-Behörde auf <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/zweifel-an-bafog-berechnung-gew-raet>

[zu-widerspruch/](#) herunterladen. Darüber hinaus können sie sich kostenlos von der Rechtsstelle ihres GEW-Landesverbandes, so auch in Sachsen-Anhalt, beraten lassen.

GEW-Positionspapier für Strukturreform

Andreas Keller erinnert daran, dass eine vom Deutschen Studentenwerk in Auftrag gegebene Studie den Grundbedarf nach dem BAföG bereits 2016 mit 500 bis 550 Euro beziffert hatte. Heute liege der Grundbedarfssatz mit 427 Euro immer noch deutlich darunter. Auch mit der Wohnpauschale in Höhe von 325 Euro könne selbst in preiswerten Hochschulstädten eine Wohnung oder ein WG-Zimmer kaum finanziert werden.

Das BAföG muss daher nach Auffassung der GEW um mindestens 150 Euro angehoben und künftig regelmäßig an Preissteigerungen angepasst werden und künftig regelmäßig an Preissteigerungen angepasst werden. Analog zu den Regelungen fürs Wohngeld muss es höhere Wohnzuschüsse in Städten mit besonders hohen Immobilienpreisen geben. Es kann nicht sein, dass sich nur Kinder reicher Eltern ein Studium in München oder Heidelberg leisten können.

Weitere Forderungen der GEW zielen u. a. auf:

- eine kräftige Erhöhung der Elternfreibeträge,
- die Wiedereinführung der Regeförderer von Schülerinnen und Schülern,
- die Verlängerung der Förderungshöchstdauer um zwei Semester,
- die Abschaffung von Altersgrenzen und
- die Umwandlung des BAföG in einen Vollzuschuss, der nicht zurückbezahlt werden muss, ab.

Perspektivisch tritt die Bildungsgewerkschaft für ein elternunabhängiges Studienhonorar ein. Das ergibt sich aus dem Positionspapier „Talfahrt stoppen – Gerechtigkeitslücken schließen – Strukturreform anpacken“, das der Hauptvorstand der GEW zum 50. Geburtstag des BAföG beschlossen hat. Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW hat außerdem gemeinsam mit Jugend- und Studierendenorganisationen die Petition „50 Jahre BAföG – (k)ein Grund zum feiern!“ initiiert, die unter www.bafög50.de online unterzeichnet werden kann.

Hans-Dieter Klein

Einladung zum Herbstseminar des VB Hochschule/Forschung/Lehrerbildung: Zwischen Ressourcen und Verantwortung

Der Vorstandsbereich Hochschule/Forschung/Lehrerbildung der GEW Sachsen-Anhalt lädt optimistisch auch für dieses Jahr zu seinem traditionellen Herbstseminar ein. Am **15. und 16. Oktober** wollen wir uns dazu im beschaulichen **Stolberg am Harz** zusammenfinden.

Unter dem Motto „Hochschulen in Sachsen-Anhalt: Maximale Verantwortung, minimale Ressourcen?“ werden wir die Perspektiven und Möglichkeiten der Hochschulen nach den Wahlen im Land und im Bund diskutieren. Für den exemplarischen Schwerpunkt der Lehrkräfteausbildung konnten wir Thomas Lippmann (MdL) als Gast gewinnen. In einem weiteren Block werden wir uns zu den (absehbaren) Konsequenzen aus der Corona-Pandemie für Forschung und Lehre austauschen. Abschließend möchten wir den Blick auf die Landesdelegiertenkonferenz in gut einem Jahr richten, hierfür sollen mögliche Anträge, Delegierte und Kandidat*innen in unserem Vorstandsbereich diskutiert werden.

Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist das Herbstseminar kostenfrei, auch die Reisekosten werden übernommen. Anmeldungen sind ab sofort unter katja.kaemmerer@gew-lsa.de und 0345 2040811 möglich.

Impressum

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Prof. Dr. Hans-Dieter Klein und Christiane Rex (verantwort. Redakteur*innen), Rolf Hamm, Helgard Lange, Alexander Pistorius, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Fon: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner

Kinder- und Jugendliteratur:

Die Nacht leuchtet

Lena Sjöberg; Die Nacht leuchtet; Thienemann-Esslinger, 2021; ISBN: 978-3-8489-0172-2; Preis: 16,00 €, 48 Seiten; Altersempfehlung: ab 14 Jahre

Wirklich echte, schwarze Dunkelheit ist zu Zeiten von Leuchtreklame, Feuerwerk, Innenbeleuchtung und den Lichtern der Stadt kaum noch zu finden. Doch gerade die gefürchtete Dunkelheit, die Angst vor dem Ungewissen, birgt eine faszinierende Welt mit kleinen und großen Tieren und anderen Phänomenen. An das klassische Thema der Sterne und das Sonnensystem schließen sich das Polarlicht oder auch mystische Lichter an. Auch in der Tier- und Pflanzenwelt lässt sich viel entdecken: Leuchtmoos, leuchtende Edelsteine, flimmernde Pilze, fluoreszierende Insekten, schillernde Vögel, leuchtende Tiefsee-Anglerfische und das Meeresleuchten der Algen sind nur einige Stichpunkte, welche im Buch Beachtung finden. Neben natürlichen Erscheinungen wird auch Menschgemachtes thematisiert und erklärt: Warum leuchten Straßenschilder so gut? Sieht man am Nachthimmel wirklich immer nur die Sterne blinken?

Den eindrücklichsten Irritationsmoment birgt sicher die Farbgebung des Buches: ein schwarzes Bilderbuch für Kinder? Geht denn sowas? Es geht! Durch digital konstruierte Collagen schafft Sjöberg, den Kontrast der dunklen Nacht zu den bunt leuchtenden Figuren, die sie bevölkern, einzufangen. Jede Seite besitzt einen Textblock, welcher das jeweilige Nachtphänomen erklärt. Über die Seite verteilt, lassen sich weitere kurze Informationsblöcke finden, die die Themen gut zugänglich und angemessen verständlich erklären und für Kinder gut zum Selber-Lesen geeignet sind. Die Seiten reihen sich dabei, wie in einem Sachbilderbuch typisch, ohne Handlung aneinander und lassen sich auch gut als einzelner Informationsimpuls aufgreifen.

Wer also bisher dachte, die Nacht sei langweilig und zum Fürchten, kann in diesem Buch eine Welt entdecken, die sich erst zeigt, wenn die Sonne verschwunden ist. Die Themen könnten vielfältiger nicht sein und es wird wohl jeder noch etwas Unbekanntes entdecken können. Die Qualität der Texte und Bilder bietet nicht nur für versierte Leser*innen einen Zugang, sondern eignen sich auch zum Vorlesen oder auch einfach nur zum Betrachten.

Marike Bretschneider
für die AJuM Sachsen-Anhalt



GEW-Stadtverband Halle:

Sommerfest am 2. September

Wir freuen uns, auch dieses Jahr ein Sommerfest durchführen zu können und laden alle unsere Mitglieder am 2. September 2021 herzlich ins Gartenlokal des Peißnitzhauses e. V. ein. Beginn ist 17:30 Uhr, Einlass ist ab 17:00 Uhr möglich.

Alle Informationen zur Veranstaltung und Anmeldung findet ihr auf www.gew-halle.de. Beachtet bitte, dass es sich um eine Open-Air-Veranstaltung handelt und an wettergerechte Kleidung gedacht werden sollte.

Anmeldungen erfolgen bitte ausschließlich online unter www.gew-halle.de, Anmeldeschluss ist der 23. August 2021.

GEW-Stadtverband Dessau:

Büroöffnung ab 6. September

Der GEW-Stadtverband Dessau öffnet ab dem 6. September 2021, immer dienstags von 16 bis 17 Uhr, wieder sein Büro in Dessau-Roßlau, Am Gestänge 2. Die Abholung der GEW-Kalender ist dann auch wieder vor Ort möglich.

Bis dahin bitte bei dringenden Angelegenheiten telefonischen Kontakt mit der GEW-Geschäftsstelle Magdeburg unter 03 91 73 55 43-0 aufnehmen.

Irena Klack



Pendlerwahl

Erinnert sich noch jemand an die Raumpatrouille Orion? Die sich in fernen Zeiten und Räumen bewegte?

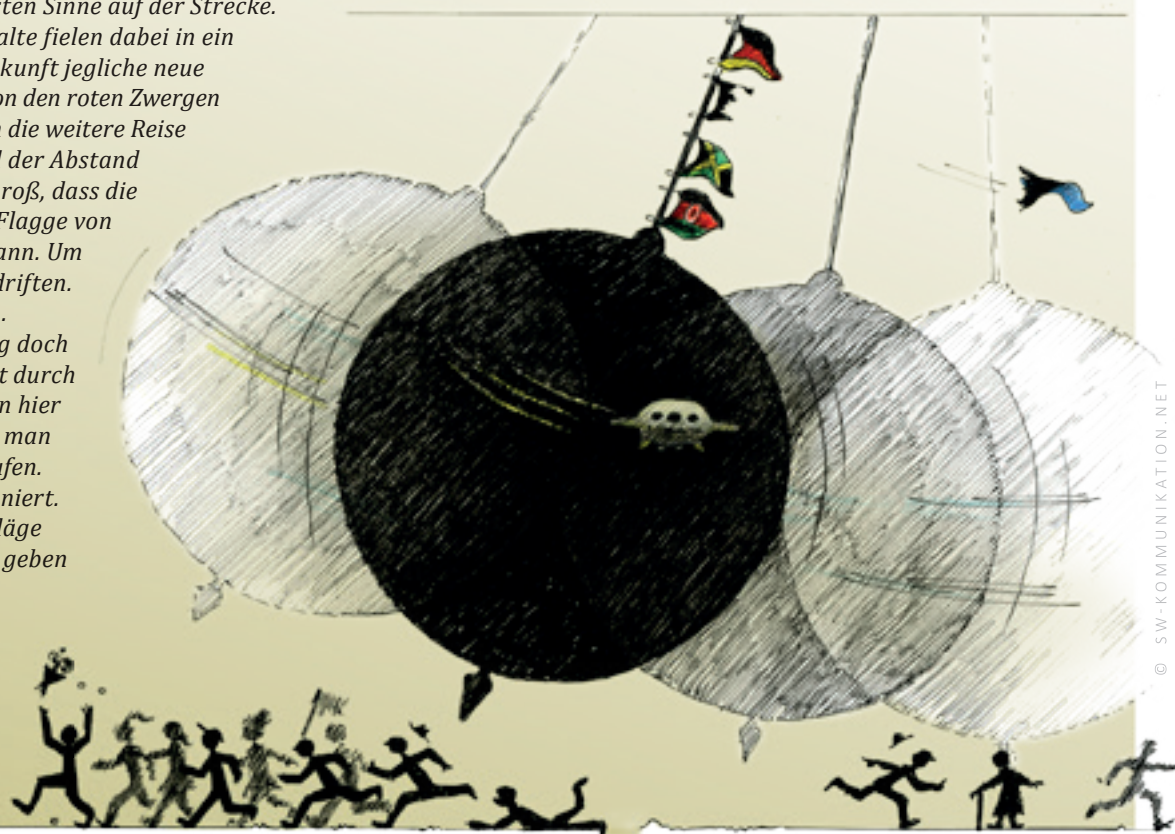
Die Verantwortliche für Raumüberwachung kam damals aus Magdeburg und hieß Helga. Damit setzte sie ganz unbewusst Maßstäbe. Heute heißt zwar kaum noch jemand Helga, aber viele Menschen aus Sachsen-Anhalt müssen auch Grenzen überwinden. Das weist eine Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit aus. Im Hier und Jetzt pendeln 150.000 Menschen zur Arbeit aus dem Land, die andere Richtung schlägt nur ein gutes Drittel ein. Relativ gesehen mischt Sachsen-Anhalt damit im bundesweiten Universum ganz vorn mit. Dabei erhöht Pendeln das Stresslevel und senkt die verfügbare Zeit für Hobby, Erholung und Familie.

Da bleibt dann so manches im wahrsten Sinne auf der Strecke. Wie neulich bei der Wahl. Mögliche Inhalte fielen dabei in ein großes schwarzes Loch. Das kann in Zukunft jegliche neue Farbe und neuen Schwung aufsaugen. Von den roten Zwergen ist eh kaum noch etwas zu sehen. Wohin die weitere Reise geht, ist nicht ganz klar. Vielleicht wird der Abstand zwischen den einzelnen Positionen so groß, dass die Regierung nur noch unter einer neuen Flagge von Kompromiss zu Kompromiss pendeln kann. Um nicht ganz in Richtung Stillstand abzuriften. Hellere Zeiten brechen da eher nicht an.

Dabei wäre etwas mehr Orientierung doch hilfreich, um das gemeinsame Schiffgut durch den Raum zu steuern und den Menschen hier Perspektiven zu schaffen. Sonst könnte man im Landtag auch einfach nach Helga rufen. Das hat aber noch nie so richtig funktioniert. Es bleibt also spannend, welche Ausschläge es in den nächsten Monaten und Jahren geben wird. Für fünf Lichtjahre müsste man wohl ganz neue Kräfte bündeln.

*Ich beobachte das Ganze mal
weiter aus der Ferne.*

Sebastian Schaibler



Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:

..... (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:

IBAN: _____ (bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Arbeitszeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden, pro Woche:

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ...

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

